

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltete Postzeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 221.

Mittwoch, den 21. September 1921.

28. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag.

P. Görlich, 20. September.

(Eig. Drahtbericht.)

Nach der Aufnahme, die die Scheidemännischen Ausführungen am Montag abend gefunden hatten, war schon kein Zweifel mehr daran, daß die Resolution des Parteivorstandes und des Parteiausschusses angenommen wird. Noch geben freilich die Gegner der Regierungscoalition mit der Volkspartei den Kampf nicht verloren. Als Dienstag morgen der Parteitag eröffnet wurde, fanden die Delegierten nicht weniger als 5 Anträge auf ihren Plätzen, die Verschärfungen in die Vorstandsresolution hineinbringen wollen. Pletsch-Breslau, Görlinger-Köln, Losjereit-Chemnitz, Schiller-Göttingen und andere bekämpften heftig die Resolution. Sie fürchten, daß die Deutsche Volkspartei die darin enthaltenen Bedingungen annimmt, und sehen in dem Zusammenarbeiten von Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei in der Regierung eine weitere Hinausschiebung der so notwendigen Einigung des Proletariats. Sie finden aber mit ihren Ausführungen keinen Anklang bei der Mehrzahl der Delegierten. Immer wieder löst ihnen entgegen: Wir dürfen keine Machtposition aufgeben, wir dürfen nicht den Bürgerlichen allein das Heft in die Hand geben, wir wünschen keine Uebertragung der bayerischen Zustände auf das Reich und die anderen Bundesstaaten.

Gegen Mittag wird die Diskussion noch einmal auf eine bemerkenswerte Höhe geführt. Der frühere Außenminister Koster legt die außenpolitische Seite der Koalitionsfrage dar. England und Frankreich verlangen pazifistische Einstellung. Die Gewähr dafür ist nur eine Regierung mit Sozialdemokraten, aber auch eine stabile Regierung auf breiter Basis. Wir sind nach außen abhängig. Wir haben nur die Wahl zwischen größeren und kleineren Uebeln, und wir dürfen der Deutschen Volkspartei nicht gestatten auf unsere Kosten verantwortungslos Politik zu treiben. Wenn wir in der Regierung mit Festigkeit führen, wenn wir bei der Stange bleiben, dann ist der Erfolg unser. Im Schlußwort erklärt Krüger-Berlin noch einmal, daß man sich in der Resolution nicht für oder gegen eine bestimmte Partei festlegen soll, sondern daß nur die Möglichkeit geschaffen werden, über taktische Maßnahmen von Fall zu Fall nach Zweckmäßigkeit zu entscheiden.

Der Antrag des Parteivorstandes zur
Regierungsbildung

wird in namentlicher Abstimmung mit 290 gegen 67 Stimmen angenommen. Mit Zustimmung des Referenten wurde er dahin abgeändert, daß die aufgeführten 6 Grundforderungen als Mindestforderungen bezeichnet werden. Damit werden alle anderen zu dieser Frage vorliegenden Anträge als erledigt erklärt.

Weitere Anträge.

Eine große Fülle sonstiger Anträge wird teils angenommen, teils dem Vorstand überwiesen.

In der Frage der Einigung wird die Resolution Vogel-Nürnberg angenommen, die die Zeichen der Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien begrüßt, aber bis zur zentralen Einigung die Wahrung der taktischen und organisatorischen Selbständigkeit verlangt.

Angenommen wird ein Antrag auf schärfste Maßnahmen gegen den Wucher.

Die Einsetzung einer besonderen Sozialisierungskommission der Partei wird dem Parteivorstand überwiesen. Ebenso ein Antrag auf Schaffung einer einheitlichen Städteordnung für das ganze Reich.

Abgelehnt werden Anträge, die Parteigenossen zu verpflichten, nur solchen Gewerkschaftsverbänden anzugehören, die sich dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der ADGB oder dem Deutschen Beamtenbund als Spitzenorganisationen angeschlossen haben, und ein Antrag, wonach nicht zur Partei gehören soll, wer einem Krieger- oder Militärverein als Mitglied angehört.

Die zahlreichen Anträge über Organisation, Agitation, Förderung des Bildungswesens, Förderung der Parteipresse werden dem Parteivorstand bzw. den anderen dafür zuständigen Parteinstanzen überwiesen.

Angenommen werden die Anträge Kiel und Hannover, die den Parteigenossen verbieten, über parteitaktische Fragen in der bürgerlichen Presse zu schreiben, sowie die Anträge gegen den weißen Schrecken in Ungarn und gegen die Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Georgier.

Der Antrag Loche, der die Parteimitglieder verpflichtet, republikanische Abzeichen zu tragen und der die Schaffung eines besonderen Parteiabzeichens anregt, findet Genehmigung, ebenso der schließliche Antrag auf Erweiterung der Herodotus des Reichspräsidenten, betr. die sogenannten Arbeitsgemeinschaften und Freikorps. Den sozialdemokratischen Lehrern wird die Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer zur Pflicht gemacht.

Die Programmkommission

hat ihre Arbeiten wesentlich gefördert. Während es zu Beginn der Beratungen schien, als ob die Fertigstellung des Programms auf diesem Parteitag unmöglich sein würde, besteht nun Aussicht, daß das neue Programm doch noch in Görlich fertiggestellt wird.

Die auswärtige Politik.

Die vom Genossen Hermann Müller im Anschluß an sein Referat über den Versailler Frieden eingebrachte Resolution lautet in ihren wesentlichen Teilen wie folgt:

„Die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrages haben die Wiederkehr normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen verhindert. Die Gesundung der europäischen Wirtschaft hat die Mitarbeit der ausbaubereiten Kreise aller Länder zur Voraussetzung. Die deutsche Sozialdemokratie war zu einer Mitarbeit stets bereit und hat insbesondere alles getan, um den schleunigen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens nach besten Kräften zu fördern. Die dem deutschen Volke durch den Versailler Vertrag auferlegte Gesamtlast ist aber auf die Dauer unerträglich, denn die Schäden des Weltkrieges sind so ungeheuer, daß sie von einem Volke allein nicht repariert werden können. Die Lage der Arbeiterklasse in den Siegerstaaten, den neutralen Ländern und den Ländern der Besiegten fordert gleichermäßen gebieterisch die Revision des Versailler Vertrages. Vor allem aber ist eine schnelle, auf das Ergebnis der für Deutschland günstigen Abstimmung gegründete Entscheidung über das für Deutschland lebenswichtige obereschleifische Industriegebiet notwendig. Ferner muß die sofortige Aufhebung der völkerrechtswidrigen, überdies auch dem Versailler Vertrage widersprechenden militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen im Westen geordert werden. Die deutsche Sozialdemokratie ist gewillt, mit allen Mitteln die Reaktion niederzuhalten und die Republik gegen jeden Ansturm zu sichern. Sie wird dafür sorgen, daß den Reaktionären durch die fortschreitende Demokratisierung des gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Lebens das Handwerk gelegt wird, denn das Treiben der deutschen Nationalisten schädigt das Ansehen des neuen Deutschlands in der ganzen Welt und lähmt im Auslande die Arbeit der Freunde der Revision des Friedensvertrages.“

Das Echo in der Presse.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Debatten über die Regierungsbildung in Görlich werden von der führenden Presse Berlins bisher noch mit einer gewissen Zurückhaltung aufgenommen. Nur die demokratischen Blätter begrüßen die kommende Erweiterung der Koalition nach rechts, obwohl in der Görlicher Resolution über die Koalitionsbildung nicht das geringste über die Erweiterung der Regierungsbasis nach rechts direkt gesagt ist. Auch die „Deutsche Tageszeitung“ sieht Herrn Stresemann bereits an einem Regierungstisch mit der Sozialdemokratie und glaubt, deshalb nicht nur warnen, sondern auch gleichzeitig mit der Agitation gegen die Volkspartei einsetzen zu müssen. Besonders auffallend ist das Stillschweigen der Berliner „Freiheit“, woraus zu entnehmen ist, daß auch die Unabhängigen der Umbahnung einer erweiterten Koalition, nach welcher Seite es auch sei, nicht von vornherein feindlich gegenüberstehen. Wir wissen, daß ein Teil der besonnenen Führer innerhalb der USP., darunter auch Hilferding einer starken Koalition in der die Sozialdemokratie gemeinsam mit bürgerlichen Parteien sieht, nicht nur zurückhaltend, sondern sogar wohlwollend gegenübersteht. Ein Kabinett von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, in dem unserer Partei maßgebenden Einfluß ausübt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach

die wohlwollende Duldung der Unabhängigen für sich hoffen können. Voraussetzung ist jedoch, daß die Sozialdemokratie das Ministerium des Innern, das Justizministerium und noch ein weiteres Ministerium erhält. Diese Ministerien sind notwendig, um die Sicherung der Republik in dem Sinne durchzuführen, wie es die Sozialdemokratie fordert und wie sie es bei einer Erweiterung der Koalition nach rechts voraussetzt. Dessen soll man sich sowohl auf der Linken wie auf der Rechten bewußt sein, daß die Sozialdemokratie nicht grundsätzlich und für Leere Worte mit Parteien zusammenregiert, denen sie bisher im schärfsten Kampfe gegenüberstand. Unsere Bereitwilligkeit erfordert Zugeständnisse auf der anderen Seite, wie sie in der Görlicher Resolution formuliert sind.

Das „Opfer“ der Industrie.

Die schwerindustrielle Presse ist einigermäßen erstaunt darüber, daß Genosse Hermann Müller in seiner Begrüßungsrede vom Sonntag den Miesbachern und den Großagrariern keine Lorbeerfränze gewunden, sondern ihnen ganz gehörig die Meinung gesagt und den entschiedenen Kampf der Sozialdemokratie angekündigt hat. Offenbar haben die industriellen Kreise gehofft, daß das großartige „Opfer“, das sie dem Volke angekündigt haben, die Haltung der Führer unserer Partei gegenüber der Volkspartei sehr milde gestimmt haben würde und daß jetzt von Görlich aus ein heißes Liebeswerben um die Gunst der Deutschen Volkspartei beginnen würde. Die Enttäuschung darüber, daß immer noch sehr kühler Wind von links herüberweht, ist jetzt sehr groß. Allerdings nur bei den Leuten, die wirklich glaubten, dem Volke mit ihrem Angebot zur Beschaffung von Devisen usw., etwas vormachen zu können. Das arbeitende Volk indessen hat den Plan der Industrie längst durchschaut und wird sich dadurch keineswegs in seiner Haltung zur Volkspartei beeinflussen lassen. Man soll doch offen heraus gestehen, das Versprechen, etwa 1½ Milliarden freiwillig dem Reich zur Verfügung zu stellen, war doch in der Hauptsache ein politisches Manöver. Man wollte diese Summe nur vorstrecken, um einen Ministerstuhl zu bekommen und um eine Uenderung der Steuerentwürfe zugunsten der Großindustrie herbeizuführen. So wäre aus dem Geschenk ein politisches und ein finanzielles Geschäft geworden und die Wirkung auf die Arbeiterschaft wäre ausgeblieben.

Aber trotzdem ist in Görlich bereits verschiedentlich zum Ausdruck gebracht worden, daß eine Uenderung in den Auffassungen der Sozialdemokratie über die Koalitionspolitik bevorsteht. Diese Uenderung wird jeder, der davon überzeugt ist, daß die Republik nur zu halten ist, wenn die Sozialdemokratie jede jeden Fußbreit Boden verteidigt, freudig begrüßt. Aber man möge nicht glauben, daß, wenn unser Parteitag den Kasseler Parteitagsschluß aufhebt, sie damit auch bereit ist, der Volkspartei zuliebe etwas von ihren Grundsätzen aufzugeben oder sich nicht mehr zum Klassenkampf zu bekennen. Die „Tägliche Rundschau“ behauptet allerdings schon recht kühn: „Erkennt die Sozialdemokratie das Recht der Deutschen Volkspartei auf die Mitwirkung bei der Staatsleitung an, so heißt die Lehre vom Klassenkampf keinen rechten Sinn mehr: Unternehmer und „Enterbte“ würden dann in einer Front stehen.“ Demgegenüber ist zu bemerken, daß auch bisher schon Unternehmer und Arbeiter in einer Front standen, daß aber trotzdem die Sozialdemokratie den

Furchtbares Unglück bei Ludwigshafen

3 Arbeiterzüge unter Trümmern begraben. Über 1000 Tote.

Eine schreckliche Kunde, die das Mitgefühl der ganzen Welt auf sich ziehen wird, übermittelt uns hieben der Telegraph:

III. Mannheim, 21. September.

Ein ungemein schweres Explosionsunglück, dessen Wirkung noch gar nicht abzusehen ist, ereignete sich heute vormittag zwischen 12 und 13 Uhr in Oppau. Auf den badi-schen Anilin- und Sodawerken Ludwigshafen entstand aus unbekannter Ursache eine Explosion, die entsetzliche Folgen hatte. Drei Arbeiterzüge, die beim Schichtwechsel verkehrten, wurden unter den Trümmern begraben. In vielen Wohnhäusern in Oppau und Ludwigshafen ist keine Fensterscheibe mehr ganz, viele Wohnungen sind zerstört, zahlreiche Treppenhäuser eingestürzt.

Die Leute auf der Straße wurden von herabfallenden Trümmern schwer verletzt. In Ludwigshafen sind die Krankenhäuser überfüllt, zahlreiche Verwundete sind nach Mannheim geschafft worden. Auch

dort sind die Krankenhäuser überfüllt. Die Sanitätsautos fahren ununterbrochen über die Rheinbrücken von Ludwigshafen nach Mannheim.

Viele Schulkinder von Oppau sind auf dem Wege zur Schule schwer verletzt worden.

Ludwigshafen gleicht einem Kriegsschauplatz. Die Zahl der Toten ist noch nicht ermittelt, doch wird sie auf mindestens 1000

geschätzt. Nach neueren Berichten brennen auch drei Gas-fessel und es besteht die Gefahr, daß auch diese explodieren.

Die Explosion war so stark, daß Transmissionen von 10 Zentnern Gewicht bis nach Ludwigshafen geschleudert wurden. In Oppau und Ludwigshafen wurden durch die gewaltige Explosion zahlreiche Dächer abgedeckt. — Auch in Mannheim sind Tote und Verwundete zu beklagen. Selbst in dem 25 Kilometer weit entfernten Heidelberg hat die Explosion zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert. Dort beträgt der Schaden etwa 100 000 Mark.

Klassenkampf noch keineswegs aufgegeben hat. Wenn wir uns zur Koalitionspolitik bekennen, so nicht aus Liebe zum Unternehmertum, sondern aus Liebe zur Republik, die ohne die „Entzweiten“ keinen Bestand haben wird. Was wir mit den Koalitionsparteien gemeinsam geschafft haben und in Zukunft schaffen werden, das werden wir auch zu verteidigen wissen, aber wir werden uns keineswegs dazu verpflichten lassen, nun auf eine Verbesserung der gefassten Beschlüsse zu verzichten. Unser Ziel ist und bleibt die sozialistische Gemeinwirtschaft, der gegenüber die kapitalistische Profitwirtschaft steht. Die Gegensätze zwischen beiden, die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern in wirtschaftlicher Beziehung werden durch keine Koalitionspolitik aus der Welt geschafft, sie müssen ausgekämpft werden. In diesem Kampfe wird es auch dann kein Nachlassen geben, wenn die Partei der Industrie, die Deutsche Volkspartei, einst mit der Sozialdemokratie zusammen in der Regierung sitzen sollte. Dadurch schließen wir mit unseren wirtschaftlichen Gegnern kein Bündnisvertrag ab, wir gehen nur eine Arbeitsgemeinschaft ein, deren Ziel die Sicherung der Republik und der Wiederaufbau unseres Vaterlandes ist, die aber keineswegs den Kampf um die sozialistische Gegenwartsforderung und den Klassenkampf selbst überflüssig macht.

Politikisierende Rechtswandler.

Lübeck, 21. September.

Die Deutschnationalen sind gegenwärtig in Schwermut geraten. Die positive Politik der Sozialdemokraten bringt die heimlichen alldeutschen Säbel- und Federhelden so ins Gedränge, daß die Furcht ihre ganze shamäleonfarbene Haut durchschlägt. Das beste Beispiel hierfür bieten die „Lübecker Anzeigen“, das Blatt, das besonders darauf stolz ist, den unterschätzten Hansesengeist vorzutauschen. Wenn es auf die Zahl der Worte und Sätze anläßt, mit denen diese deutschnationale Spiegelfechtereie betrieben wird, könnte man beinahe glauben, daß etwas Courage dahinterstehe. Es ist aber nur blöde Kabulistik oder bloße Gezeire. Auch Feigheit steht dahinter. So oft wir den Deutschnationalen ihre hinterhältige Politik unter der Nase riechen, versuchen sie den Unschuldsschaden zu mindern oder den Tatsachen den Krug abzubringen. So war es beim Kapp-Putsch, so war es bei den Stahlhelmgründungen aller Art, bei der Dolchstoßlegende, beim Erzbergermord, so ist es bei allen jenen kleinen politischen Durchstechereien, mit denen deutschnationale Politik betrieben wird, und die im Endeffekt den großen alldeutschen Schwindel ausmachen. Seien auch diese Mittel nicht, dann stellt man sich dumm.

Mit dieser Eigenschaft wird bei unjern Gegnern nicht getarnt. Ein Beispiel: Das auch an anderer Stelle angeführte „Attentat“ auf Stresemann. So iappig ist selten ein politischer Ruchding angefaßt worden, wie dieses „Attentat“. So einfaßig, wie das süßliche Amtsblatt, hat aber auch kein verwandtes Organ die Schlussfolgerungen daraus gezogen: weil Mordversuche auch von ausgesprochenen Feinden der Rechtsparteien vorgenommen (sankten!), deshalb sollte die Belastung der Deutschnationalen mit dem Mord an Erzberger aus dem Schuldbonto der Monarchisten und Steuerhinterzieher gestrichen werden. So argumentiert das süßliche Amtsblatt, ohne die Frage lange zu unterfragen, ob es nicht auch deutschnationale Ehrenretter geben könnte, die gewissenhaftig einen Attentatposten suchen möchten. Daß der Schuß gerade fiel (es sind bereits deren vier gezählt), als die Rechnertribüne frei war, läßt doch auf eine Tollnatur denken, die es mehr auf ein Loch in der Wand als auf den Kopf eines Stresemanns abgesehen hatte. Uns soll aber auch die Auslegung in dem bereits angegebenen Artikel recht sein.

Was oben schon angedeutet: die Deutschnationalen sind in schwerer Not. Der Wille der Sozialdemokratie, sich als stärkste Partei in Regierung und Verwaltung nicht ausschalten zu lassen und so den Gewalthabern von gestern die Möglichkeit zu geben, die Republik lukrative zu machen, hat die Ritter furcht und Ladel gewaltig verschmüpft. Zwar saßbarieren sie immer von den destruktiven Tendenzen unierer Partei und versuchten mit Kasernenhoffschlaubeit oder Pastorenweisheit uns zu positiver Mitarbeit zu begeistern, im stillen aber bekrenzigen sie sich dreimal, damit dieses Uebel abgewandt werde. Und nun ist es doch eingetreten: die Sozialdemokraten verlangen ihr Recht und zwingen den Gegnern bis zu einem gewissen Grad ihren Willen auf. Allerdings ohne sich an die Adresse der Deutschnationalen zu wenden. Bei dieser Schredensnachricht wurden die „Lübecker Anzeigen“ völlig gelähmt. Sie riefen zwar nicht wie weiland der Kardinalstaatssekretär Antonelli, der den Sieg Österreichs statt Frankreichs bei Königgrätz erwartet hatte: „Die Welt geht unter!“ aber sie erklärten den Parteitag für beendet, über das keine Beschlüsse für geschlossen, obwohl er kaum begonnen hatte. Für die Deutschnationalen, die aus einer freiwilligen Ausschaltung der Sozialdemokraten an den Regierungshandlungen glauben, die ardsten Köpfe herauszuholen zu können und nun als belächelte Scherben abziehen müssen, hat der sozialdemokratische Parteitag jetzt allerdings kein Interesse mehr. Denn der große Rechtsblock, den sie erräumen und hier in Lübeck besonders propagieren wird dadurch in weite Fernen verlegt. Aber Hansesengeist ist weitgehende Geistesart. Wer weiß, was im Reichstag Lübeck doch noch wird. Die Colomanpresse ist sich im Vernichtungs willen speziell der Lübecker Sozialdemokratie mit dem Amtsblatt einig und wird dem Mahnruf ihres Freundes Kapp nicht folgen. Die Generalanzeigerpresse mit dem „Vossischen“ ist hoffnungslos blind und wird die politische Charakterlosigkeit ebenso weiterverlegen wie die „Lübecker Anzeigen“ ihre kommandierte Eintrakt als spezifische Eintrakt täglich zur Schau stellen.

Wie uns loeben in letzter Stunde mitgeteilt wird, ist der Reichstag hier doch zustande gekommen. Die parlamentarischen Demokraten gehen mit den ausgesprochenen Republikanhängern und verkaufen ihr Stimmrecht für ein halbes Duzend Mandate. Und da zweifle noch einer am Hansesengeist!

Die Aufhebung der Sanktionen.

P. Berlin, 21. Septbr. (Eig. Drahtbericht.)

Augenblicklich finden zwischen der französischen und englischen Regierung Verhandlungen über die Aufhebung der Sanktionen statt. Wie wir aus diplomatischen Kreisen erfahren, hat die Regierung in London keine Meinung, die Sanktionen noch länger bestehen zu lassen, zumal Deutschland bisher den guten Willen zur Erfüllung des Ultimatus bewiesen hat. Die Verhandlungen drehen sich hauptsächlich um die Kontrollkommissionen, die in Deutschland zwecks Beaufsichtigung der Ein- und Ausfuhr eingesetzt werden sollen. Trotzdem die Einsetzung einer derartigen Kommission jedem rechtlichen Grundgesetz widerspricht, hat die deutsche Regierung sich grundsätzlich bereit erklärt, der Einrichtung gewisser Kommissionen kein

Hindernis in den Weg zu legen. Widerspruch erhebt das Kabinett Wirth aber gegen die weitgehenden Befugnisse, die die französische Regierung für diese Kommissionen verlangt. England nähert sich in dieser Hinsicht den Auffassungen der deutschen Regierung und war während der bisher geführten Verhandlungen äußerst bestrebt, der Wirtschafslage Deutschlands weitgehend Rechnung zu tragen. Als einziges Ergebnis der Verhandlungen steht bisher fest, daß die Sanktionen in absehbarer Zeit aufgehoben werden. Was die Ordre des französischen Kabinetts bezüglich der Zurückziehung der Ruhrbesatzung angeht, so bedeutet sie keine sofortige Zurückziehung der Truppen, sondern nur ein allmählicher Abbau.

Die Abrüstung vor dem Völkerbund.

L. Genf, 20. Septbr.

In dem Bericht der gemischten Abrüstungskommission an die Völkerbunderversammlung heißt es: Drei Großmächte, von denen eine gegenwärtig eine starke Militärmacht darstellt, während die beiden anderen mindestens die Möglichkeit haben, militärisch starke Mächte zu werden, bleiben noch immer außerhalb des Völkerbundes. Solange aber die Vereinigten Staaten, Deutschland und Rußland nicht Mitglieder des Völkerbundes geworden sind, wird der Völkerbund stets die größten Schwierigkeiten damit haben, wenn er einen gemeinsamen systematischen Plan zu einer fortschreitenden Herabsetzung der Rüstungen durchführt oder auch nur die Ermittlung notwendiger militärischer Auskünfte erreichen wird.

Der neue Mann in Bayern.

P. München, 20. September.

Der Kandidat der bayerischen Volkspartei für die auf Mittwoch anberaumte Wahl durch den bayerischen Landtag ist der bisherige Vertreter der Reichsregierung in Darmstadt, Graf Lerchenfeld. Graf Lerchenfeld gehört als Katholik schon seit vielen Jahren der Zentrumsparlei an und trat nach der Spaltung als bayerischer Staatsangehöriger zur bayerischen Volkspartei über. Wenn auch Lerchenfeld bisher in der Öffentlichkeit nicht hervorgetreten ist, so kann doch gesagt werden, daß er mehr Verständnis für die Reichseinheit besitzt, als der abgehalfterte Ministerpräsident für die Kappisten, v. Kahr.

Die Koalition selbst wird in der bisherigen Zusammensetzung bestehen bleiben. Es ist jedoch höchst fraglich, ob es der bayerischen Volkspartei gelingt, den rechtsradikalen Flügel der Deutschnationalen von den Regierungsgeschäften fernzuhalten. Augenblicklich werden die Meinungsverschiedenheiten zwischen der bayerischen Volkspartei und der Mittelpartei, also den bayerischen Deutschnationalen, in einer Form ausgetragen, die Zweifel aufkommen läßt, daß die Wahl des Ministerpräsidenten ohne Hindernisse vor sich gehen wird.

Nachdem der Vorkämpfer der Deutschnationalen, Herr v. Kahr, durch die Haltung der bayerischen Volkspartei, die abermalige Uebernahme der Ministerpräsidentenschaft abgelehnt hat, arbeiten die Deutschnationalen in Bayern auf die Auflösung des Landtages hin. Der deutschnationale Landes-Ausschuß hat bereits eine entsprechende Resolution gefaßt. Allem Anscheine nach hoffen die Reaktionskräfte in Bayern auf einen großen Stimmengewinn, nach dem sie in der sogenannten „Ordnungszelle“ mit großen Finanzmitteln für sich und Herrn Kahr in den letzten Tagen rege Propaganda gemacht haben. Nach den Enthüllungen des Reichstanzlers im Ueberwachungs-ausschuß und den voraussetzlichen weiteren Feststellungen ist anzunehmen, daß sich die Herrschaften doch täuschen und der übergroße Teil des bayerischen Volkes mehr Sinn für wahre Ordnung hat, wie die Deutschnationalen. Die reaktionären bayerischen Macher täten gut, den Landtag auflösen zu lassen, nachdem die Unterwerfungssaktion bezüglich der Unterjochung über den Aufenthalt von Kappisten abgeschlossen ist.

Der in Nürnberg versammelte Länderausschuß der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei) hat sich für eine Befragung des Volkes durch Neuwahlen zum Landtag für den Fall ausgesprochen, daß die Differenzen zwischen Bayern und dem Reich nicht in befriedigender Weise sollten beigelegt werden können.

Lubendorffs Dementierspritze.

Im „Militär-Wochenblatt“ versucht Lubendorff die Angriffe abzuwehren, die von Admiral Scheer und in der demokratischen Presse gegen ihn erhoben worden sind, weil er nicht die Verantwortung für den militärischen Zusammenbruch im Oktober 1918 übernommen hatte. Lubendorff wagt, wie man das bei ihm schon gewohnt ist, die Schuld wiederum auf andere ab, macht aber doch dies interessante Eingeständnis:

Nach einer Agentennachricht — vgl. Nr. 93 des amtlichen Weißbuches „Vorgeschichte des Waffenstillstandes“ — war am 25. Oktober im französischen Hauptquartier beschlossen: 1. Strikte Abweisung von Verhandlung mit Lubendorff oder anderen Mitgliedern des Hauptquartiers. Dagegen Einwilligung zur Verhandlung mit einer zu diesem Zweck vom Reichstag erwählten Kommission.

Mit Lubendorff wäre also nach seinem eigenen Geständnis überhaupt nicht verhandelt worden. Welchen Sinn haben aber dann heute die von Lubendorff und seiner Umgebung ausgeführten Verdächtigungen gegen die Waffenstillstandskommission, die damals einzig möglich war. Keinen andern als den, die alten Lügen des Systems Lubendorff durch neue Lügen zu stützen. Daß der Lubendorffsche Lügengeist heute noch dem ermordeten Erzberger seine Sünden aufbürden möchte, macht ihn nur noch verächtlicher, als er sich ohnehin schon gemacht hat.

„Attentat“ gegen Richter.

Die Telegraphenunion verbreitet mit Vorliebe aufgebaute Nachrichten über Gewalttätigkeiten gegen Rechtsparteien. So sollten in Stettin große Ausschreitungen vorgekommen sein. Es handelt sich, wie unser Stettiner Bruderblatt meldet, um einen kleinen Zusammenstoß einiger hundert Personen, die sich gegen eine monarchistische Demonstration wandten. Bei den Handgreiflichkeiten wurde ein Teilnehmer blutig verletzt und einigen anderen die Hüfte eingeschlagen. Die Polizei zerstreute die Menge.

Weiter verbreitete die „Lübecker Anzeigen“ eine Meldung der „Hagener Zeitung“ aus Lüdenscheid. Dort wurde während einer Provinzial-Landtags der Deutschen Volkspartei in der Schützenhalle von außen durch das Fenster ein Revolvergeschuß auf die Rednertribüne abgegeben. Der Abgeordnete Dr. Stressemann hatte gerade die Tribüne verlassen und Abgeordneter Dr. Hugo den Platz eingenommen. Es wurde niemand getroffen.

Wir haben die Meldungen liegen lassen, weil ihre tendenziöse Aufmachung uns stutzig machte. Bis heute sind keine näheren Nachrichten eingetroffen. Da aber die „Lübecker Anzeigen“ schon nervös werden und fragen, was die Linkspresse dazu sagt, wollen wir nicht länger schweigen. Sollte es sich im letzteren Falle um ein politisches Attentat handeln, dann lägen die Beweggründe recht dunkel. Denn an einer Befestigung Dr. Stressemanns, der immer nur die Koalition der „breiten Mitte“ angestrebt hat, könnten höchstens die Fanatiker des extremsten Flügels der Deutschnationalen ein Interesse haben, die die „Volkspartei“ ganz nach rechts ziehen wollen.

Sozialdemokratie und preussische Regierungsbildung.

Die „Vossische Zeitung“ stellt in ihrer Dienstag-Abendausgabe die Behauptung auf, daß die Verhandlungen zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald und der Sozialdemokratie über die Regierungsumbildung in Preußen schon fast abgeschlossen seien, daß nur noch ein Gültiger Parteitag beschließen die Veröffentlichung der neuen Ministerliste verzögere. Tatsächlich bringt die „Vossische Zeitung“ bereits die Verteilung der Ministerposten unter die Parteien und nennt als sozialdemokratische Minister sogar schon Severing, Otto Braun und Professor Dr. Kappeler.

Wie die P. P. N. auf Rückfrage in Götting erfahren, ist diese Sensationsmeldung eine völlig aus der Luft gegriffene Kombination. Hingegen hat in Götting eine private Besprechung der dort anwesenden preussischen Landtagsabgeordneten stattgefunden, die sich vollkommen darüber einig waren, daß vor Zusammentritt des Landtags und vor Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion weitere Schritte in der Frage der Regierungsbildung in Preußen nicht unternommen werden könnten.

Außerordentliche Beihilfen für langfristige Erwerbslose.

Die Gewährung der außerordentlichen Beihilfen an langfristige Erwerbslose in Sachleistungen stößt vielfach auf große Schwierigkeiten. Der preussische Wohlfahrtsminister hat sich daher, wie die P. P. N. hören, damit einverstanden erklärt, daß in den Fällen, in denen die Gewährung der Beihilfe in Sachleistungen auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, die Beihilfe in bar gezahlt wird. In diesem Falle werden in Berlin folgende Stempelungen vorgenommen: Es erhalten in Berlin Erwerbslose ohne Unterhalt des Geschlechts über 16 bis zu 21 Jahren 300 Mk., über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben 400 Mk., über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben 500 Mk., Erwerbslose mit Ehegatten 600 Mk., für jedes Kind unter 16 Jahren und sonstige zuschlagsempfangende Angehörige 50 Mk. Der Gesamtbetrag der Sonderbeihilfe für einen Erwerbslosen darf 800 Mark nicht übersteigen. Der Volkswohlfahrtsminister hat in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten anheimgestellt, diese Staffelung auch dort vornehmen zu lassen. Der Durchschnittsbetrag darf aber in diesen Fällen 600 Mk. nicht übersteigen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Leipziger Jungmannschaft im Bund der Kaiserfreuen ist auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. August polizeilich verboten worden. Die Mitglieder des Bundes sollen Uniform getragen haben und in Kompagnien eingeteilt gewesen sein. Auch soll die Jungmannschaft Geländebungen veranstaltet haben, die einen militärischen Charakter trugen.

In der Mordische Erzberger wurde in Frankfurt a. M. der Leutnant a. D. Wilhelm Heinz festgenommen und der Staatsanwaltschaft Offenburg zugeführt.

Müller-Brandenburg, der auf Grund eines Disziplinarverfahrens ausgeschiedene Chef der Thüringischen Landespolizei, ist vom sächsischen Minister des Innern Lipinski auf den Posten des Pressechefs bei der sächsischen Landespolizei berufen worden.

Aus Düsseldorf sind eine französische Kavallerie-Brigade ein Automobiltrupp und ein Lantgeschwader zurückgezogen worden.

In Budapest kam es am Montag den ganzen Tag über in verschiedenen Teilen der Stadt zu antisemitischen Ausschreitungen. Die Gassen wurden aus den Kaffeehäusern auf die Straße geholt und mißhandelt. Vor der Redaktion der sozialistischen Zeitung „Pezpava“ kam es zu großen Ausschreitungen, denen erst die Polizei ein Ende machen konnte. 14 Verhaftungen wurden vorgenommen. In den Abendstunden kam es im Judenviertel zu Prügeleien, wobei eine ganze Reihe von Personen verletzt wurde.

Am Donnerstag wird in Kiel zeremoniell Argentinien Genugtuung für die während des Krieges erfolgte Versenkung zweier Dampfer durch deutsche Uboote geleistet werden.

Nach Havas wird aus Helsinki gemeldet, daß in der russischen Ostseeflotte ein neuer Aufbruch ausbrach. 400 Offiziere wurden verhaftet und nach Moskau gebracht.

Die Lösung der Jap-Frage soll zwischen Amerika und Japan dahin geregelt sein, daß Amerika das Recht erhält, an der Ausbeutung der Insel teilzunehmen und Telegraphenkabel über die Insel zu legen. Die Verwaltung und Organisation wird Japan in seiner Eigenschaft als Mandatar überlassen.

Das neue polnische Kabinett ist gebildet worden. Zum ersten Minister wurde Bentkowski ernannt.

Das Sozialistische Institut in Lurin hat den Präsidenten des Völkerbundes benachrichtigt, daß das Institut die Absicht hat, im Verein mit den Industriellen und Arbeiter-Syndikaten eine Gruppe von 100000 italienischen Arbeitern zu bilden, die nach Frankreich kommen sollen, um an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete zu arbeiten.

Vor der Wiener Börse versammelten sich am Montag 2-3000 Personen, meist christlich-soziale Gewerkschaftler, um die Schließung der Börse zu verlangen. Die Polizeidirektion erklärte, daß allen Ungehörlichkeiten im Spekulantentum entgegenzutreten würde. Es wurden bereits 21 Wucherhändler verhaftet.

Alteutsche Professoren als Verbündete französischer Kriegsbeher.

Amlich wird gemeldet: „In der Presse werden Auszüge mit einer Erklärung veröffentlicht, die der Reichsminister des Innern Dr. Gradenauer einem Vertreter des „Malin“ übergeben und in der er die Offiziere, Beamten und Universitätsprofessoren als Feinde der Republik bezeichnet habe. Wie Minister Dr. Gradenauer mitteilen läßt, hat er das selbstverständlich nicht gesagt. Seine Äußerungen waren in so eingeschränkter Form gehalten, daß von ihnen lediglich ganz bestimmte Persönlichkeiten getroffen worden sind, die der Minister dabei im Auge hatte.“

An dieser Richtigstellung ist nur eins merkwürdig: daß sie überhaupt für nötig gehalten wurde. Wen's juckt, der kratze sich, heißt es im Sprichwort. Das sollte auch von Dr. Gradenauer's Kennzeichnung der keineswegs nur vereinzelt auftretenden republikfeindlichen Gesinnung in Offiziers-, Beamten- und Professorenkreisen gelten.

Die Geldgeber der Gegenrevolution.

Hamburg, 19. September. Das „Hamburger 8-Uhr-Abendblatt“ bringt einen sensationellen Artikel über die verfassungseindlichen Organisationen in Schlesien. Nachdem es genauere Einzelheiten über den Aufenthalt von Ehrhardt, Babst und v. Kessel in Oberschlesien und ihre Beziehungen zum „Freikorps Oberland“ angeführt hat, nennt es als Geldgeber für das Freikorps: Graf Franckenberg - Lwowitz 3 Millionen, Graf Praschma 2 Millionen, Gräfin Saurma - Selsch-Lorchenhof 2 Millionen, Graf Sierstorff - Bösdorf 2 Millionen.

Verstobene Ehrhardt-Ausrüstung.

Bekanntlich ist auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Sachen der Ermordung Erzbergers ein Kapitänleutnant Kallinger in München auch festgenommen worden. Das „Hamburger Echo“ veröffentlicht nun über diesen früher bei Ehrhardt gewesenem Offizier Dinge, die geeignet sind, das größte Aufsehen zu erregen. Als die ehemalige zweite Marinebrigade Ehrhardt im Munsterlager aufgelöst werden sollte, wurden von den Ehrhardt-Leuten sofort die Pläne zur Aufstellung eines neuen Putschregimentes gefaßt. Um die Pferde und das Material zur Ausrüstung sicherzustellen, wurden diese aus dem Munsterlager in der Umgebung bei Landwirten untergebracht. Wie sich jetzt herausstellt, haben Erfassungsbeamte einer Reichsstelle den größten Teil dieser unterschlagenen Pferde und Materialien im Werte von über 700 000 Mark beschlagnahmt. Wie das „Hamburger Echo“ mitteilt, hat Ehrhardt selbst während der letzten Zeit bei einem Pastor Bode bei Wilsede gewohnt. Dieser Herr müßte auch jetzt über den Aufenthalt Ehrhardts sehr gut Bescheid wissen. Der Kapitänleutnant Kallinger ist in Hamburg auch insofern bekannt, als er hier früher eine Werbeoffiziere für die Freikorps unterhielt.

Weiter schreibt das Echo: Die beschlagnahmten Pferde sind jedoch noch lange nicht alle diejenigen, die in Wirklichkeit als unterschlagen gelten können. Denn es sind eine ganze Reihe als Schlachtpferde verkauft worden, die natürlich als verloren gelten müssen. Das Geld ist zum Teil jedenfalls in die Kasse der Schiffstambouillon geflossen, in die die Ehrhardtbrigade seinerzeit verwandelt wurde. Diese soll überhaupt über eine recht fette Kasse verfügen. Die Ehrhardtbrigade hat eines schönen Tages, als entlassene Kriegsteilnehmer abgelodet werden sollten, 3, oder sogar 6 Millionen Mark zu viel abgehoben.

Alles in allem bietet der Skandal vom Munsterlager das Bild der vollendeten Korruption dieser deutschen nationalen Verbände. Diese Menschen hat der Krieg völlig besinnungslos gemacht. Wenn sie irgendwo ausgerändert sind, nisten sie sich anderswo ein, um ihr Parasitenleben fortsetzen zu können. Daß nach drei Jahren Republik diese Gesellschaft noch immer etwas mit der Reichswehr zu tun hat, schlägt dem Faß den Boden aus!

Gelbstschutz oder Räuberbande?

In Ziegenhals sind nach einer Meldung des „S. L.“ sämtliche Angehörige einer aus früheren Selbstschützern bestehenden Bande verhaftet worden, die sich schwere Verbrechen in jeder Hinsicht zuschulden kommen ließen. Südliche Bürger in Ziegenhals sind schwer bedroht worden. Zahlreiche Pferdebstahlfälle sind vorgekommen. Bei der Verhaftung der Bande gelang die Beschlagnahme von 84 Pferden, zahlreichen Lastautos und Personenzugwagen. Erwähnt wird der Fall des Leutnants Erner, des Sohnes eines General Erner, der auf frischer Tat verhaftet ist, nachdem er einem pflügenden Bauern das Pferd ausgeharrt hatte und zu verkaufen suchte.

Dasselbe Blatt berichtet auch über die Aufdeckung einer reaktionären Nachrichtenzentrale in Schlesien. Es handelt sich um das Freikorps Oberland, das seinen Sitz in Schloß Biela u. (Kreis Neiße) hatte und mit den Münchener Mordbanditen in engster Fühlung stand. Die mit großem Volkseinsatz versuchte Aufhebung der Bande ist leider nur zum Teil geglückt, da die Hauptführer offenbar rechtzeitig gewarnt, sich in Sicherheit gebracht hatten. Eine Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen. Daß die Verschwörer nicht alle erwischt wurden, liegt daran, daß die Durchführung der Aktion dem als besonders reaktionär bekannten Führer der Düsseldorf-Schutzpolizei, dem Grafen v. Boninski anvertraut worden ist, der im Kapp-Putsch eine mindestens zweifelhafte Rolle gespielt hat. Es befinden sich auch unter den bei dieser Gelegenheit Verhafteten gewerkschaftliche Verbrecher. Einer der am meisten Belasteten, der frühere Heidelberger Privatdozent Arnold Ruge, ist wieder entlassen worden und sofort nach seiner Entlassung verschwand.

Trotzdem der preussischen Regierung die heillosen Zustände der oberschlesischen Freikorps bekannt sind, und trotzdem die Werbungen für den Selbstschutz verboten sind, werden diese fortgesetzt. Wie die „Freiheit“ berichtet, befindet sich Leutnant Korbach gegenwärtig wieder in Wannsee und nimmt dort im Hause Otto-Grim-Strasse Anwerbungen für das Freikorps in großem Maße vor, ohne daß

er von irgendeiner Behörde behindert wird. Daß das Freikorps Korbach für die Republik ebenso gefährlich ist wie das Freikorps Oberland und das Korps Hindenburg geht daraus hervor, daß in der Zeitschrift des Freikorps Korbach der Mord an Erzberger verherrlicht wird und die Schreiden, die bei der Feier im Stadion gehalten worden sind, mit allen Beschimpfungen auf die Republik und ihre Führer an hervorragender Stelle wiedergegeben werden.

Agrarische Steuerdrückeberger.

Der Landbund ist eine Vereinigung zur unerschämten Wahrnehmung der Interessen der Agrarier. Das ist eine bekannte Tatsache. Wie erfolgreich er aber in seinem Wirken ist, mit welcher Gerissenheit er sich auf alle Gebiete erstreckt, ist noch viel zu wenig bekannt. Von Zeit zu Zeit allerdings erhält man interessante Einblicke in dieses Treiben. So können wir heute folgendes vertrauliche Schreiben veröffentlichten, das der Landbund der Provinz Sachsen (Rechts- und Steuerabteilung) an seine Mitglieder versendet. Es beschäftigt sich mit dem einseitigen Reichsnotopfer und der Veranlagung des landwirtschaftlichen Grundvermögens. Es hat folgenden Wortlaut:

„Durch Verfügung des Reichsfinanzministeriums vom 1. Juni 1921 sind die Finanzämter angewiesen, der Errechnung der Durchschnittserträge landwirtschaftlich genutzter Grundstücke für die Veranlagung (auch schon die einstweilige) zum Reichsnotopfer den Ertrag der Wirtschaftsjahre 1912-13 bis 1920 zugrunde zu legen. Damit ist das grobe Zuschlagsverfahren (Wehrbeitragswert plus Zuschlag von etwa 50-120 Proz. davon im Saalkreis) aufgehoben. Nach dem uns vorliegenden Ergebnissen aus buchführenden landwirtschaftlichen Betrieben bleibt man bei der Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Jahreserträge der 8 Jahre 1913 bis 1919/20, Teilung der Summen durch 8 und Berücksichtigung des so ermittelten Durchschnittsertrages gemäß § 13 des Reichsnotopfergesetzes und § 152 der Reichsabgabenordnung mit 20 bisweilen noch unter dem Wehrbeitragswert, jedenfalls aber im allgemeinen unter dem vom Finanzamt angelegten Zahlungswert. Für eine Zurückziehung der Einsprüche gegen den einstweiligen Reichsnotopferbescheid liegt demnach keine Veranlassung vor, um so weniger, als nach Artikel II des Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über das Reichsnotopfer und die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs vom 6. Juli 1921 R.-G.-Bl. 842 im Einspruchsverfahren gegen den einstweiligen Reichsnotopferbescheid Gebühren nicht erhoben werden.“

Dieses Schriftstück besagt, daß die Großagrarien mehr erreicht haben, als sie eigentlich wollten. Bei der Beratung des Reichsnotopfers forderten sie eine Veranlagung nach dem Wehrbeitrag des Jahres 1913. Das wurde von der Nationalversammlung abgelehnt, da die Landwirte sonst im Vergleich zu anderen Schichten, zu gut weggekommen wären. Sie haben ihren Willen trotzdem durchgesetzt. Nach der Verfügung des Reichsfinanzministeriums dürfen sie nach dem eigenen Einverständnis der Rechts- und Steuerabteilung des Landbundes Sachsen teilweise noch weniger als bei der Veranlagung nach dem Wehrbeitrag. Das beweist, daß die Landwirte nicht nur während des Krieges kaum Steuern gezahlt haben, sondern auch noch jetzt die Möglichkeit haben, auf Grund ihrer früheren Steuerdrückeberger das Geschäft gründlich fortzuführen zu können. Und das zu einem Zeitpunkt, da mehr als 8 Zehntel der direkten Steuern aufgebracht werden durch den 10prozentigen Steuerabzug vom Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Nähgarn-Wucher.

Die Hausfrau, die Näherin, jeder, der zum Pliden oder Schneidern Nähgarn braucht, muß für eine 1000-Meter-Rolle 40er Obergarn 13,75 Mark im Einzelverkauf bezahlen. Wer von den Verbrauchern ahnt, daß er von jeder Rolle, die er kauft, den Fabrikanten mehr als fünf Mark an Gewinn in den unerfährlichen Taschen werfen muß? Der Verdienst des Händlers, des Kaufmanns, der Nähgarn verschleißt ist mäßig, an ihm liegt es nicht, wenn Nähgarn heute zu einer Kostbarkeit gehört, die von jeder Hausfrau ängstlich gehütet wird. Wo sind die Zeiten, da die Jungen aus dieser Zeit der Mutter den Zwirn stibitzen konnten, um ihren kleinen Drachen steigen lassen zu können, ohne daß die Mutter darob in ein großes Wehklagen ausbrach!

Gewiß, die Preise der Vorkriegszeit können wir heute nicht mehr haben, aber mindestens um 5 Mark könnte die Rolle Nähgarn billiger sein, wenn wir nicht — die Zwangswirtschaft der Fabrikanten hätten, die durch ihre Vereinigung die Preise künstlich in die Höhe treiben. Es ist ein Verdienst des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Krähig, den Wucher an Nähgarn aufgedeckt zu haben. Er hat die Preisalkulation der Nähgarnfabrikanten einer kritischen Betrachtung unterzogen und kam dabei zu folgenden Ergebnissen:

Die Fabrikanten behaupten, daß 100 Rollen Nähgarn bei Einrechnung aller Unkosten einschließlich 10 Prozent Fabrikationsgewinn 1183,45 Mark kosten. Der Verkaufspreis beträgt 1250 Mark, wovon nach der Aufstellung der Fabrikanten noch 150 Mark für Rabatt an den Handel und Verpackung abgehen, so daß in Wirklichkeit nur ein Verkaufspreis von 1100 Mark übrig bleibe, die Fabrikanten also nicht allein ihren gesamten Fabrikationsgewinn verlieren, sondern auch noch 49 Pfg. pro 100 Rollen draufzahlen. Trotzdem wurden aber an die Aktionäre in einem Falle z. B. 34 Prozent Dividende verteilt.

Die Rechnung der Fabrikanten muß also ein Loch haben, und, wie nachgewiesen wird, hat die Rechnung Löcher wie ein Mauerstein, durch die die Gewinne fallen wie Steine beim Sandfließen. In der Berechnung der Fabrikanten ist auf folgende Weise der Gewinn verdeckt worden:

Zu hoch berechneter Abfall	68,28 Mk.
Zu Unrecht eingeleitetes Valutarisiko	166,10 Mk.
Zu hoch berechnete Speifen für Stonto und Verpackung	75,— Mk.

Zusammen für 100 Rollen 309,38 Mk.
Das macht rund 3 Mk. pro Rolle, wobei noch immer fast 10 Mk. pro 100 Rollen übrigbleiben.

In der Aufstellung der Fabrikanten wird aber auch mehr Garn eingeleitet, als tatsächlich für 100 Rollen verbraucht wird. Daraus ergibt sich wiederum ein Mehrgewinn von 175 Mk., und schließlich haben die Fabrikanten auch noch ein Loch auf dem Garnpreis eingelassen, was

208 Mk. ausmacht. So ergibt sich, daß in der Unkostenberechnung der Fabrikanten ein Gewinn von 656,38 Mk. pro 100 Rollen Nähgarn versteckt ist. An jeder Rolle verdienen die Fabrikanten rund 6,75 Mk. mehr als sie in ihrer Herstellungskostenrechnung glaubhaft machen wollen.

Dieser Wucher ist aber nur möglich, weil die Nähgarnfabriken in der Betriebsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Nähfabrik G. m. b. H., München, zusammengeschlossen sind und monopolartig den deutschen Markt beherrschen, eine Zwangswirtschaft aufgerichtet haben, die ausschließlich nach dem Profitinteresse der Fabrikanten geleitet wird. Der Händler ist gegen diesen Ring machtlos, die Proteste in der Händler-Zachpresse werden von den Fabrikanten gar nicht beachtet.

Wie richtig die Berechnung des Genossen Krähig ist, geht daraus hervor, daß ein Betriebsleiter einer Nähgarnfabrik im Jahresbericht seiner Gesellschaft in bezug auf die Nähgarn-Betriebsgesellschaft sagte:

Es könne immer fraglich erscheinen, ob durch den Beitritt zur Betriebsgesellschaft das Werk besser gefahren sei. Sicher sei, daß durch den Beitritt gute Preise erzielt wurden. Der Umsatz habe sicher gelitten. Es sei sehr gut möglich, daß das Werk im Gesamtergebnis eben so gut dastehen würde, wenn es der Betriebsgesellschaft nicht beigetreten wäre. Dann würde das Werk, weil es die Rolle 40er Obergarn für 8 bis 8,50 Mk. hätte abgeben können, einen bedeutend größeren Umsatz erzielt und also auch einen guten Nutzen gehabt haben.

So sieht die „aufbauende“ Tätigkeit des Privatkapitals in Wirklichkeit aus. Die Fabrikanten-Kartelle verteuern notwendige Gebrauchsartikel, nehmen durch unerschämte hohe Preise für Nähgarn von Frauen der Arbeiter und des Mittelstandes die Möglichkeit, Kleider und Wäsche ihrer Familie so zu pflegen, wie es in der heutigen Zeit notwendig ist. Und das nur, um den Aktionären möglichst hohe Dividenden geben zu können. Sowie auf dem Gebiete der Nähgarnfabrikation liegt es auf zahlreichem anderen, und so wie die Nähgarnfabrikanten, so berechnen viele andere Produzenten ebenfalls ihre „Unkosten“.

Volkswirtschaft.

Die Ernteergebnisse.

Für Preußen liegen die Ergebnisse der diesjährigen Getreideernte nunmehr vor. Sie sind auf Grund von Druschproben ermittelt, können also als einigermaßen verlässlich gelten. Der Bericht bringt die Bestätigung dafür, daß in allen Getreidesorten mit Ausnahme von Hafer die besten Ernteergebnisse seit dem letzten Kriegsjahr erzielt worden sind. Im Staatsdurchschnitt wurde von einem Hektar in Doppelsonnen geerntet:

	1921	1920	1919	1918
Winterweizen	19,4	17,1	17,8	17,7
Sommerweizen	18,0	17,0	16,1	16,3
Spelz	13,9	11,2	12,1	12,8
Winterroggen	15,5	12,4	14,8	14,2
Sommerroggen	11,1	10,5	10,9	10,0
Wintergerste	20,9	17,0	17,7	18,2
Sommergerste	16,5	16,2	16,2	15,0
Hafer	14,9	15,5	15,7	13,7
Gemenge aus Getreide aller Art	13,7	14,8	15,9	12,8

Man rechnet infolge des besseren Hektarertrages und infolge der Vergrößerung der Erntefläche auf einen Gesamtsertrag an Brotgetreide von 6,85 Millionen Tonnen gegen 5,20 Millionen Tonnen im Vorjahr, also 22,1 v. H. mehr. Der Ertrag an Gerste, Hafer und Gemenge wird etwas niedriger als im Vorjahr geschätzt.

Viehmärkte.

Hamburg, 20. September. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, berichtet: **Rälbermarkt.** Es wurde gezählt für 50 Rg. Lebendgewicht: Doppelender 1800-1450 Mt., I. Qualität Rälber 1000-1150 Mt., II. Qualität 800-1000 Mt., III. Qualität 650-750 Mt. Marktzufuhr 1100 Rälber. Der Handel verlief lebhaft. Durch die Landwirtschaftskammer wurden 65 Rälber verkauft. **Schweinemarkt.** Es wurde gezählt für 50 Rg. Lebendgewicht: Beste schwere reine, über 260 Pfund 1850-1400 Mt., mittelm. Ware, 200-260 Pfund, 1800-1850 Mt. Gute leichte Ware unter 200 Pfund 1200-1800 Mt., geringere Ware 1000-1150 Mt., beste Sauen 1150-1250 Mt., geringere Sauen 900-1100 Mt. Marktzufuhr: 1750 Schweine. Der Handel verlief wegen regen Verkaufsgeschäfts ruhig, die Preise gingen zurück. Durch die Landw.-Kammer wurden 140 Schweine verkauft.

Devisen-Kurse.

Berlin, 20. September.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	20. Sept.	17. Sept.
Amsterdam	100 fl.	3906,65
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	741,75
Kristiania	100 Kr.	1818,65
Kopenhagen	100 Kr.	1865,10
Stockholm	100 Kr.	2277,70
Helsingfors	100 finn. Mk.	154,80
Rom	100 Lire	444,55
London	1 £	391,60
New York	1 Doll.	105,39
Paris	100 Frs.	749,25
Zürich	100 Frs.	1825,65
Madrid	100 Pesetas	1878,60
Wien	100 K.	9,83
Budapest	100 K.	18,93
Prag	100 K.	128,60

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 20. September 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit
S.	Nia	Abraham	Wismar		
S.	Martha	Sehlen	Wermbit	10	
D.	Mag	Fischer	Albrand	Stockholm	2 1/2

Angelommen am 21. September 1921.

D.	Fris	Bergström	Wafa	
D. <td>Gefion <td>Oberg <td>Stockholm</td> <td>3 1/2</td> </td></td>	Gefion <td>Oberg <td>Stockholm</td> <td>3 1/2</td> </td>	Oberg <td>Stockholm</td> <td>3 1/2</td>	Stockholm	3 1/2
D. <td>Lübeck <td>Gillenberg <td>Kopenhagen</td> <td>1</td> </td></td>	Lübeck <td>Gillenberg <td>Kopenhagen</td> <td>1</td> </td>	Gillenberg <td>Kopenhagen</td> <td>1</td>	Kopenhagen	1

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Weltton i. B.: Hermann Bauer; für Presseamt Lübeck und den übrigen Teil August Schulz; für Inzerate Heinrich Steinberg, Verleger; Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Ihre Vermählung geben bekannt
Walter Nagorski u. Frau Lieschen geb. Iburg.
 Vlotho a. Weser. (6717)
 16. Septbr. 1921.
 Für erwiesene Aufmerksamkeit danken D. O.

Nachruf.
 Am 15. September verstarb unser Raucherbruder (6725)
Herm. Taschenbrecher.
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Pfeifenklub „Vollampf voraus“
 gegr. 1908.

Zu sofort oder später
2 Zimmerleibstübe
 gesucht. (6711)
 Wlth. Wiebcke,
 Zimmerstr., Dornestr. 18 b.
 Möbl. Zimmer f. jg. Mann.
 6724) Watenigsmauer 138.

1 gr. Waschbalge z. verk.
 6721) Eg. Lohberg 39, II.

Gef. Bettst., Wuppensportw.
 zu verk. Yorkstr. 20, S., p. I.

Morgen abd. von 6-7 U.
 sind 20 Ferkel u. kleine
 Zügel zu verkauf. (6718)
Moißling,
 Restaur. Zur alten Post.

30 Ferkel sind billig zu verkauf.
 J. Klüwer. (6722)
 Schwart. Allee 138.

3. k. gef. Oberbett. (6716)
 Off. m. Br. u. E 22 a. Exp.

Leder
 Lederauschnitt
 Ersatzsohlen in haltbaren
 Fabrikaten
 Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachf.,
 Lederhandlung u. Schäfte-
 fabrik. 6703

Täglich frische Zufuhren in
**Fluß-, See-
 fischen und
 Räucherwaren**
 Primm, (6723)
 Wahnstraße 21.

Staunend billig
 sind meine **Leder-Sohlen** im Aus-
 Konkurrenzlos billig: schnitt.
Gummi-Absätze * Gummi-Sohlen
 erstklassige Marken.
REFORM
Leder- und Bedarfsartikel-Handlung
Stepperei
 Nur **50 Huxstr. 50**
 Inhaber: **Robert Jentzen.**
 Sie können auf jede Reparaturstepperei warten.

**Für die kommenden
 Bürgerschafts-Wahlen**

ist die Gewinnung neuer Abonnenten
 für den „Lübecker Volksboten“
 und die Werbung weiterer Mitglieder
 für die Sozialdemokrat. Partei
Pflicht jedes Genossen!

Soeben traf wieder 1 Waggon mit
20000 Pfd. garantiert reinstem Tils. Vollfettkäse
 für mich ein, à Pfd. Mk. 1000, 1200 u. 1400
 Verkauf ab Lager **Große Burgstr. 48.**
 Für Großhändler und Wiederverkäufer konkurrenzlos
 billige Preise.
Max Pauls,
 Käse-Großhandlung,
 Lübeck, Gr. Burgstr. 48. Fernruf 3724.

Fünfhausen 7
 wird Schuhbeihaltung sauber und billig ausgeführt. (6707)
 Auf Wunsch kann auf Befehlung gewartet werden.
Prima Kernleder-Sohlen.
 Auch werden Schuhe wie neu gefärbt. B. Dittmer.

Achtung!
 Stehe ab Mittwoch täglich mit
pa. frischem Fleisch
 in der Markthalle,
 Stand 36.
 In aller Erinnerung
Paul Boldt, (6718)
 früher Wahnstraße.

Krähe und Flechten heilt
St. Jürgen - Drogerie,
 Gürtelort-Allee 7. (6706)

Neu erschienen!
**Vorwärts-
 Kalender
 1922**
 in Tiefdruck, reich
 illustriert, zum Preise
 von Mk. 4.—
Lübecker Volksbote
 Johannisstr. 46.

Stadttheater Lübeck.
 Mittwoch, 21. Sept. 7 Uhr.
Herodes u. Mariamme.
 6. Ab.-Vorst. Buchst. B.
 Donnerstag, 22. Sept. 7 Uhr.
Die Zauberkiste.
 6. Ab.-Vorst. Buchst. B.
 Freitag, 23. Sept. 7 Uhr.
Wallenstein Tod.
 6. Ab.-Vorst. Buchst. B.
 Sonnab., 24. Sept. 7 Uhr.
Fantastisches 1920/21.
 Schüler.
 Don Juan und Faust.
 Kammerspiele des Stadttheaters.
 Fünfhausen 17/19. (6715)
 Donnerstag, 22. Sept. 7.30.
Flamme.
 Sonntag, 25. Sept. 7.30 U.
Maria.

Die millionenfach bewährte
Oel-Wachs-Schuttkrem
Diamantine
 in bester Friedensart
 wieder erhältlich

Man verlange Dosen mit
 eingeleghem Zettel:
Friedensware

Johann Möllers Fleischquelle Huxstr. 83
Ochsenfleisch 6726 **Mk. 5.50**
Ochsenbraten **Mk. 6.50**

Beefsteak u. Rostfleisch	10.00	Schweinefleisch	8 Pfd. 16.00
Gehacktes	8.00	Karbonade	8 Pfd. 18.00
Gammelfleisch	8.00-9.00	Schweineköpfe	8 Pfd. 6.00
festes Kalbfleisch	8 Pfd. 10.00	Braunschweiger	8 Pfd. 10.00

**Schwarz-rot-goldene
 Schleifen
 und Fahnen**
 aller Art liefert zu Fabrikpreisen
 Buchhandlung „Lübecker Volksbote“

Adlershorst. 8029 **Jeden Donnerstag:
 BALL.**

Palast-Theater
 Bad Schwartau, Lübecker Str. 68.
 Einem geehrten Publikum von Bad
 Schwartau u. Umgeg. zur geil. Mit-
 teilung, daß ich am 23. Sept. d. J.
 in dem von mir erworbenen Grund-
 stück (früh „Hotel Kronprinz“) unter
 obiger Bezeichnung ein
Lichtspiel-Theater
 in großstädtischer und
 moderner Weise eröffnen werde. (6701)
G. F. Evers.

**Schlafzimmer,
 Küchen, Korbmöbel**
 in großer Auswahl.
 Zwanglose Besichtigung
 erbeten. (6710)
Fischstraße 21.

**Neues
 Volksliederbuch**
 mit Anleitung zur
 Lautenbegleitung.
 Preis Mk. 5.50.
 Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
 Johannisstraße 46.

**Die Abreibung
 der Leibstübe**
 von Univ.-Professoren
 A. Großhahn u. G. Radbruch
Wichtig
 für Eheleute, Aerzte
 und Hebammen!
 Preis M. 2.—

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,

Deutscher
**Metallarbeiter-
 Verband.**
 Verwaltungsstelle Lübeck.
 (6719)

Versammlung
 der
Bauklemmer
 am Freitag, d. 23. d. M.,
 abends 6 1/2 Uhr.
 im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
Unsere wirtschaftliche Lage.
 Das Erscheinen der Kolle-
 gen ist dringend notwendig
 (6719) Die Ortsverwaltung.

**HANSA-
 THEATER**
 Täglich 7 1/2 Uhr abends:
Der große Erfolg. (6712)
„Wenn Liebe erwacht“
 Operette in 3 Akten
 von Eduard Künneke.

Stadttheater Lübeck.
 Mittwoch, 21. Sept. 7 Uhr.
Herodes u. Mariamme.
 6. Ab.-Vorst. Buchst. B.
 Donnerstag, 22. Sept. 7 Uhr.
Die Zauberkiste.
 6. Ab.-Vorst. Buchst. B.
 Freitag, 23. Sept. 7 Uhr.
Wallenstein Tod.
 6. Ab.-Vorst. Buchst. B.
 Sonnab., 24. Sept. 7 Uhr.
Fantastisches 1920/21.
 Schüler.
 Don Juan und Faust.
 Kammerspiele des Stadttheaters.
 Fünfhausen 17/19. (6715)
 Donnerstag, 22. Sept. 7.30.
Flamme.
 Sonntag, 25. Sept. 7.30 U.
Maria.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 21. September.

Zum Bezirksparteitag, der am 2. und 3. Oktober in Lübeck stattfindet, bitten wir die Parteigenossen, soweit es möglich ist, Delegierte bei sich aufzunehmen. Meldungen erlangen wir unter Angabe, ob unentgeltlich oder gegen Bezahlung, an das Parteisekretariat, Johannisstraße 50, richten zu wollen.

Arbeiterjugend, Ortsvorstand! Sitzung am Donnerstag, 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Der Tod der Gewerkschaften.

Von der Generalversammlung der Metallarbeiter in Jena schreibt ein Teilnehmer der „Volksstimme“ in Chemnitz:

Wer Ohren hat, zu hören, der höre! Die ausländischen Delegierten sprechen. Das war etwas anderes als radikales Propagandageflügel über die bevorstehende Weltrevolution, mit dem man in den Hirnen gläubiger Arbeiter ein Weltbild erzeugte, das mit der harten Wirklichkeit in höchstem Widerspruch steht; das waren auch nicht die üblichen Begrüßungsreden als Akte bloßer Höflichkeit der fremdländischen Bruderorganisationen — das waren Rotfahnen, Warnungssignale, das waren Geheiß-Signale von tiefster Bedeutung!

Wer auch an das Rednerpult trat, ob aus Frankreich, Holland, Ungarn, Tschechoslowakei oder der Schweiz, ob mit dem resignierend-verhüllten Ton des Slawen oder mit dem leidenschaftlich-glühvollen Temperament des Franzosen, immer und immer wieder klang stark und warnend der eine Tenor hindurch: Deutsche Arbeiter, schafft und erhaltet die Einheitsfront! Seht, wir sind zusammengebrochen, weil die verbrecherische Arbeit von Moskau uns elend und schwach gemacht, unsere Verbände zerstört und unsere Reihen gelichtet hat! Seht, wir stehen unter der Macht der Reaktion, wir kämpfen verzweifelt um den Achtundzweihunderttag, um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, aber wir sind zu schwach, um noch lange erfolgreichen Widerstand leisten zu können. Auf euch aber, deutsche Metallarbeiter, die ihr die stärkste Armee seid in dem großen Verbände der Internationale, auf euch schauen wir mit Hoffnung — auf euch schauen unsere Kapitulanten mit Haß! Und wir beschwören euch: Laßt euch nicht auseinanderreißen, haltet die Hände über euch, Organisations, das letzte starke Bollwerk im Kampfe gegen einen übermächtigen Gegner!

Was der Vertreter Frankreichs, Merzheim, mit vibrierender Leidenschaft vortrug, was er an Zahlenmaterial vorlegte, wie die französischen Gewerkschaften innerhalb zweier Jahre durch die Spaltungsarbeit der Moskauer von drei Millionen Mitgliedern zurückgingen auf 600000 — die Zahlen waren so ungeheuerlich, daß die übersehende Genossin an einen Härtefehler zu glauben geneigt war — was dann der ungarische Delegierte schilderte, wie man dort die Arbeiter massenweise interniert, wie die Drahtzieher der proletarischen Diktatur, die früher kein Mensch in der Arbeiterbewegung gekannt hatte, beim Zusammenbruch schleunigst das Weite suchten, während die armen Arbeiter an ihre Scholle gefesselt waren und nun die ganze Rache der weißen Bestien Hirtens ertragen müssen; was dann selbst der Vertreter der Schweiz berichtete, wie infolge der kommunistischen Heke jedes Versammlungsleben vergiftet worden und die Massen so indifferent geworden seien, daß die Reaktion jetzt ein schlimmeres Sozialistengeheiß als selbst Bismarck geschaffen habe, da etwa ein ernstes Bestimmen durch die Reihen der Delegierten. Wohl verurteilten die Kommunisten erst noch bei den Worten des ungarischen Kollegen Radau zu machen, nicht einmal so viel Anstand aufbringend, das Gekröse zu wahren. Und es bedurfte der Autorität des gesamten Verbandstages, der, in demonstrativer Weise Beifall spendend, dem Redner zur Seite trat, um die Kommunisten in die Schranken zurückzuweisen.

Mancher von uns mag wohl aus menschlichen, allzu menschlichen Gründen heraus oftmals den Kommunisten etwas nach-

gesehen haben; mag vor der Gefahr, des ewigen Stretzes müde, abtütlich die Augen geschlossen haben. Hier an den Scherben der zerfallenen Bruderverbände des Auslandes aber sehen wir, in welcher fürchterlicher Gefahr unsere Gewerkschaften geschwebt haben. Moskau ist der Tod der Arbeiterverbände, ist der Ruin der internationalen Arbeiterbewegung. Die Spuren der Moskauer im Ausland lehren uns hart und bitter: Lernt, ihr seid gewarnt! —

Bezirksparteitag. Nachdem das Resultat aus den Landgebieten über die Delegiertenwahl zum Bezirksparteitag nunmehr vollständig vorliegt, gelten folgende Genossen als gewählt: Dr. Leber, H. Wolfstadt, W. Kaschow, H. Schulz, F. Ostermeyer, W. Wegner, Frau Jaedkat, G. Große, P. Schmalzfeldt und H. Steinberg. — In den Ortsgruppen sind gewählt: Meier-Moisling, Adersdorfer, Feuer-Moorgarten, Peter-Schulup, Busch-Kurau, Müller-Travemünde, Wimmer-Dänischburg, Senf-Küchik, Grimmiel-Neudorf, Schmoor-Schönböden, Nuppenau-Russe und Grube-Kronsförde.

Die Deutsche Volkspartei hielt am 17. und 18. September ihren ersten Parteitag für Mecklenburg und Lübeck im hiesigen Marmorjaal ab. Auf dieser Tagung hat u. a. der Reichstagsabgeordnete Dr. Piper eine Rede gehalten, die, nach Besichtigungen bürgerlicher Blätter, ganz unerhörte Angriffe gegen die Sozialdemokratie und den Reichstagsler Wirth enthält. Bayern ist das Land der Stinnesleute. Bayern wurde als leuchtendes Vorbild hingestellt. So habe Bayern bewiesen, daß es einer rein bürgerlichen Regierung ohne die Sozialdemokratie gelungen sei, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und das Land zum Wohlstand zu bringen. Die Versuche, die sozialdemokratische Herrschaft wieder aufzurichten, seien in erster Stelle vom Reichskanzler Wirth gefördert worden, der als Zentrumsmann sozialdemokratischer als ein Sozialdemokrat sei. Unter das schwarz-rot-goldene Joch will die Partei des großen Geldes sich keineswegs heugen. Reichskanzler Wirth ist nach dem Redner zugleich Vertrauensmann der Entente. Man müsse ihn mit Ketten an seinen Ministerstuhl binden, anstatt seine Entfernung zu verlangen. Ueber die Möglichkeit der Koalitionsregierung sagte Dr. Piper u. a.: Man wolle, der Not gehorchend, mit der Linken gehen, aber mit der Rechten in Verbindung bleiben. Das ist die Stinnespartei in Reinkultur. Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein gebildeter Politiker, wie Piper es sein will, eine solche sinnige verlogene Rede auf dem Parteitag halten konnte. Die Lübecker Arbeitererschaft aber sollte sich diese Ausführungen merken. Wir stehen vor der Bürgerchaftswahl und da buhlt die Volkspartei auch um die Stimmen des Mittelstandes und der Arbeiter. Sie führt sich in Lübeck bereits so stark, daß sie bei Teilung der Bürgerchaftsstiche, die durch die Einheitsfront in großer Zahl erzielt werden sollen, für sich den Löwenanteil beanspruchen. Das Fell des Bären sollte wie folgt verteilt werden: Die Deutschnationalen und die Demokraten sollten zunächst je 8—9 Sitze erhalten, die D. V. 22, das Zentrum 11 Sitze. Im Laufe der Verhandlungen habe sich die D. V. entschlossen, nur 17 Sitze zu beanspruchen, und den Deutschnationalen um den Demokraten je 12 Sitze zu überlassen. Das Zentrum solle nach wie vor 11 Sitze erhalten. Der Sieg scheint den echten Brüdern also bereits sicher zu sein; denn 42 Sitze hat man schon im Voraus verteilt. Nun, die Lübecker Arbeiter- und Beamtenschaft wird jenen Herrschaften schon einen dicken Streich durch die Rechnung machen.

Eine Bekanntmachung über die Handelsflagge erläßt das Polizeiamt im gestrigen Amtsblatt. Es handelt sich um die Verordnung, welche vom Reichspräsidenten vor einiger Zeit im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden ist. Danach soll die schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit der Gösch am 1. Juli überall eingeführt werden. Es heißt aber unter Punkt 10: Die bisherigen Flaggen dürfen noch bis zum 1. Januar 1922 geführt werden. Es ist also mit der völligen Einführung der neuen Handelsflagge erst am kommenden Neujahrstage zu rechnen.

Wer fordert heraus? Man schreibt uns: Wer am Sonntag gegen 12 Uhr mittags die Molkereibrücke oder das Gestade unterhalb der Augustenstraße betrat, sollte einmal wieder Zeuge eines

anti-republikanischen Treibens sein. Auf der Wakenik bewegte sich ein Boot mit drei Insassen, zwei Schüler mit Klassenmägen einer höheren Lehranstalt und einem Herrn, wahrscheinlich der Vater dieser hoffnungsvollen Sproßlinge. Während der eine der Jungen das Ruder schwang, ließ der andere eine große schwarz-weiß-rote Fahne im Winde flattern. Es handelte sich nicht etwa um ein kleines Fähnchen, womit man sonst ein Ruderboot zu schmücken pflegt, sondern um eine richtige Hausfahne. Auch das Verhalten der Insassen ließ deutlich erkennen, daß man einmal wieder provozierend wirken wollte. Mehrere Passanten war das Treiben dieser Purratrioten sichtlich unermüdet. Wird diesen Helden der Hohen unter den Füßen zu heiß, dann suchen sie auf dem Wasser ihr Treiben fortzusetzen. Eine Abfälligkeit könnte gewiß nicht schaden. — Ein ähnliches nationalfeindliches Treiben kann man auf den Straßen tagtäglich beobachten, wenn die urdeutschen Jünglinge in kurzen Hosen mit ihren Hähnen zur Schule fahren. Ihr Stolz ist entweder mit der Patenkreuzflagge, der schwarz-weiß-roten oder der Kriegesflagge geschmückt. Es handelt sich ausschließlich um höhere Schüler, die ihren nationalfeindlichen Koller in dieser Weise austoben. Ein Zeichen dafür in welchem Geiste die Jugend der höheren Schulen erzogen wird.

Bevorzugte Abfertigung von Schwerkrriegsbeschädigten. Schwerkrriegsbeschädigte werden bei persönlicher Erledigung eigener Angelegenheiten von allen Amtsstellen bevorzugt abgefertigt. Sie erhalten dazu einen Ausweis, für dessen Ausstellung jetzt genau Richtlinien aufgestellt worden sind. Er wird nur auf Antrag erteilt. Anträge sind an die örtlichen amtlichen Fürsorgestellen zu richten. In Frage kommen nur Schwerkrriegsbeschädigte mit 50 Prozent und mehr Erwerbsbeschränkung, denen vom Arzt bescheinigt, daß ihnen längeres Stehen, Verweilen in geschlossenen Räumen, bei starkem Gedränge und dergl. ihrer Krriegsverletzung wegen unzutraglich ist. Der Ausweis muß mit dem Bilde des Inhabers versehen sein. Er gilt nur für das laufende Kalenderjahr. Die Kosten, nötigenfalls auch für Lichtbilder, fallen der örtlichen Fürsorgestelle zur Last. Die Reichsregierung und die Regierungen der Länder haben zugestimmt, ihren Bereich anzuweisen, die Inhaber der Ausweise bevorzugt abzufertigen. Die Vergünstigung soll nur wirklich Bedürftigen zugute kommen.

Verbindlichkeitsklärung des Nachtrages zum Kleinhandels-tarif vom 24. Juni 1921. Auf Verlegung des Reichsarbeitsministeriums ist unter dem 14. 9. 21 auf Blatt 2629 Nr. 5 des Tarifregisters die Verbindlichkeitsklärung des Nachtrages zum Kleinhandels-tarif vom 24. Juni 1921 mit Wirkung ab 1. Juli 1921 eingetragen worden. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Johannisstraße 48.

Protestversammlung des gesamten Gastwirts-gewerbes nebst Angestellten-Verbänden.

Im Kolosseum tagte gestern eine öffentliche Versammlung aller im Gastwirts-gewerbe tätigen Personen, außerdem waren hinzugezogen: Brauereiverband, Verein der Weinbändler, Fleischer-Verein, Verein der Mineralwasserfabrikanten, Bäcker-Verein, Konditoren-Verein, Verein der Zigarrenladen-Inhaber, sämtlich in Lübeck. Der große Saal war gedrängt voll, die Stimmung der Anwesenden ernst und entschlossen; man wußte, was für das gesamte Wirtsgewerbe auf dem Spiele steht. Als Vertreter des Arbeitsausschusses beider Wirtvereine Lübecks eröffnete Herr Hansch die Versammlung und erteilte nach einigen Begrüßungsworten Herrn Brilow-Lübeck das Wort, welcher das Referat über das Thema „Protest gegen die Sonderumlagesteuer des Gastwirts-gewerbes“ übernahm. Herr Brilow zeichnete in klaren Sätzen, knapp und überzeugend, die jetzige schwere Lage des Gastwirts-gewerbes. Man sei am grünen Tisch allzuleicht geneigt, aus dem Verkehr und dem Umlauf einiger Etablissements in den großen Städten des Reiches falsche Schlüsse zu ziehen. Die übergroße Zahl der Wirte seien kleine Leute, die voll von Sorgen ihr schweres Tagewerk zu erbringen haben. Der kleine Gallwirt arbeitet nicht nur 8 Stunden am Tage, er ist oft die doppelte Zeit tätig und dann bis in die Nacht hinein. Die Ankosten und Lasten, die gegenwärtig vom Gastwirt aufzubringen und zu tragen sind, können wirklich nicht mehr und größer werden, wenn nicht unzählige Betriebe zugrunde gehen sollen. Nur ganz wenige Betriebe haben heute einen der Arbeit

Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

(Nachdruck verboten.)

I.

Jeder muß sich auf seine Weise mit dem Leben auseinandersetzen. Wie es ihm gelingt, ist seine Sache. Auch die besten Familien besitzen kein Rezept dafür. Trotzdem ihr Einfluß nicht abgeleugnet werden kann.

Als Anton Mögele das Reifezeugnis erhalten, schrieb ihm eine Tante Martha, dreimal erwidert, ins Stammbuch, daß die Ehe ein Geschenk des Himmels sei.

Vielleicht war dies die Ursache seines Junggesellenstums. Beweisen ließ es sich nicht. Jungfer Winchen, seine Wittschafterin, behauptete das Gegenteil. Sie war überzeugt davon, daß Herr Anton und nicht minder sein Bruder Saphir die Ehe schon als Säugling zu den Erfindungen der Hölle gerechnet.

Gleichviel jedoch, woher und wieso, was da ist, muß da sein. Denn nichts ist unnütz im Welthaushalt. Es gehörten also auch Junggesellen hinein.

Wenn dies auch schwer begreiflich, hier am lieblichen Hang des weiten, ländlichen Sees. Wo die Häuser, nieder, weiß und braunbedacht eng aneinander um und unter der gekürzten Bura, am Rebenbügel hingen, wie kunstvolles Bienenwerk. Wo hügelig, hügelig Traubengirlanden über blauernde Flut fernem Bergriesen zumimpelten, daß das Leben ein köstlich Ding. Wo früher Frühling, im Uebermut unermesslicher Blütenfülle, glauben machte, daß Freude und Verliebtheit hieort erfinden.

Andererseits der Wahrheit die Ehre, schien Herr Anton wie geschaffen zum Hagestolz. Seine Stimme klang auch im Frühling wie dürre Äste. Die Mädchen sagten sich, dieser Mann hat nie ein Lied gesungen. Und hatten recht damit. Musik gehörte nicht zu den Lebensbedürfnissen Anton's. Von diesem Flügel der im Körper gebannten Seele machte er keinen Gebrauch.

Im Gegensatz zu seinem Bruder Saphir, der sonst das Junggesellenheim, in voller Einigkeit, mit ihm teilte.

Saphir hies sogar die Flöte. Aber Saphir unterschied sich auch in andern von seinem Bruder. Anton schritt, lang und hager, auf hohen respektvoll-kommandierenden Beinen. Er überragte die Nachbarn, wie die Burg die Bürgerhäuser.

Saphir dagegen, breitschultrig und mit Wölbung, verfügte nur über Beine, die ihn nicht höher hoben, als daß ihn jeder Vorüberkommende ins Gesicht grinsen konnte.

Aber man grünte nicht. Selbst die Gastjungen, diese gegen jede Rücksicht Unerschrockenen, konnten nichts Sehenswertes

in diesem Gesicht entdecken. Nur Güte und Besonnenheit. Ein Urteil, daß selbst ältere Damen teilten. Deren Urteil sonst nicht auf dem gleichen Standpunkt mit Gastjungen zu finden war. Es gab manch ehrenwerten Familiensitz, an dem bedauerlich wurde, daß ein solcher Mann irrtümlich glaubte, die Ehe mit der Hölle in Verbindung bringen zu müssen.

Man kennt die andern zwar besser als sich selbst. Aber man irrt auch dort manchmal.

Man hat Anton und Saphir unrecht. Es fiel ihnen nicht ein, die Ehe mit der Hölle in Verbindung zu bringen. So wenig wie mit dem Himmel. Sie rechneten sie zu nichts andern als zu den Staatsbürgern. Eine Schraube allgemeiner Ordnung, notwendig wie Steuer, Dienstzwang und Zollgebühr. Unterschiedlich von diesen Nebeln nur dadurch, daß man sich freiwillig dazu meldet. Bis auf einige Ausnahmen. Zu denen man sich selbst zu rechnen erlaubte. Ohne sich deshalb mehr zu dünken als die andern.

Allerdings auch nicht weniger. Niemand konnte wissen, auf welcher Seite hier das Recht lag. Ganz abgesehen davon, daß die Bibel wohl behauptete, daß es nicht gut, daß der Mensch allein sei, aber ebenso eingestand, daß der Mensch nicht wisse, was er tue.

Nachricht ist die beste Art gegenseitigen Verständnisses. Trotz eigener Anschauungen kamen die Brüder Mögele nicht schlecht mit ihren Mitbürgern aus.

Höchstens, daß Herr Anton, wenn des Sonntags, sieben Paare gleichzeitig, als Hochzeiter von der Kanzel gerufen statt üblichen Glückwünschens äußerte, daß ein Unglück selten allein komme.

Aber dann sagte Herr Saphir sofort: „Nichts für ungut.“ Er lachte selbst so herzlich über den Scherz seines lieben Bruders, daß die einfachste Höflichkeit es gebot, sich dieser Heiterkeit anzuschließen.

Man mußte, daß man den Brüdern Mögele Hochachtung schuldete. Sie wußten Beides um die großen und kleinen Kader, auf denen die Zeit rollte. Die Uhren, die sie zimmerten, zeigten in den fernsten Ländern den Leuten, was die Stunde geschlagen. Das war keine Marktware, wie sie jeder in der Tasche trug. Es waren Meisterwerke der Hand und der Geduld. Nur noch ein Fünftel der Sekunde noch weniger pünktlich als die Sonne selbst. Man kam von allen Punkten der Landkarte, um sich diese Uhren zu holen und sie in kostbare Gehäuse zu setzen. Aus London, Birmingham und Liverpool, aus Paris, aus Besancon, aus Berlin, Prag und Wien. Und aus ebenso vielen Städten der andern vier Erdteile. Wer Mögeles Kundenliste studieren durfte, erhielt unentgeltlich geographischen Unterricht.

Nicht nur das. Man wußte recht gut, daß Herr Saphir, wenn er auf der Höhe des Hanges stand und vom Meerand aus gesehen schon einem Monument auf hohem Sozialgrad, an seine große Erfindung dachte. In jenes große Wunderwerk, daß

wie die Sonne selbst, nur einmal von seinem Schöpfer aufgezo-

gen, unaufhaltsam gehen würde, in alle Ewigkeit hinein.

Wie weit Herrn Anton's Erwartungen zu dieser Erfindung des Bruders standen, wußte man nicht. Er schwieg darüber. Er liebte es, sich in allen Lebenslagen an das Sichere zu halten. Schwereisen war auch hier das Unerschütterliche.

Jedenfalls hinderte er Saphir nicht in seinem Bemühen. Der Weg zur Ewigkeit ist lang. Immerhin war es Saphir im zwischen gelungen, ein Werk zu fügen, das den Wunderlauf aller vier Jahreszeiten den Menschen davonstülte, ohne durch den geringsten Fingergriff aufs neue dazu angepornt werden zu müssen.

Anton rechnete in seinen Maßstunden nicht im Unendlichen. Sondern in seinen Geschäftsbüchern. Er war mit dieser Zwischenstation nicht unzufrieden.

Ohne Anmerkungen führte er Saphir's Modelle aus. Er lobte sie den Herren Reisenden. So neidlos, daß man oft ihn für den Erfinder hielt. Die Herren, von so weit herkommend, kannten sich ohnedies nie aus. Sie glaubten stets, daß es der langbeinige Herr Bruder sei, der die Unendlichkeit zu durchpendeln versuchte. Erst nach erfolgtem Irrtum besannen sie sich, daß der kleine behäbige Herr der große Mann wäre. Irrer ist international. Obwohl, wer mit Uhrwerken zu tun hat, nie ver-gessen sollte, daß der Wert nicht in der Hülle liegt.

Doch selbst nachbarliche Neugier schnupperte hier im Ungewissen. Auch sie war geneigt, Anton für den Tüchtigeren zu halten. Nicht nur weil er viel unfreundlicher grüßte als Saphir. Und trotzdem man wußte, mit welcher gewaltigen Erfindungsplan Saphir umherging. Wer sich mit Weinbau beschäftigt, schätzt das Abgelagerte mehr als das Ungelegene.

Selbst Jungfer Winchen's Wissen verlagte hier. Sie durfte die Werkstätte nicht betreten. Eine Schande, es weiterzuklästern, aber die lautere Wahrheit: Herr Anton legte dort selber. Winchen hielt es nicht für ausgeschlossen, daß die beiden dort den Teufel selber unter Glas sitzen hatten. Ihr Schien das leichter denkbar, als daß zwei Menschen, die genau wie jeder andere Liebungs-gerechte und Magenbeschwerden, Frost und Schweiß, Launen und Angewohnheiten hatten, Wunderwerke auszuführen vermochten, sobald sie allein in jenem Zimmer saßen.

Jungfer Winchen war moralisch. Schon das Wort Mann fand sie nicht schicklich. Sie sagte nur Herr.

Aber auch der Beste kommt nicht ohne Spott davon. Man meinte, der Himmel habe Winchen die Brautzeit leicht gemacht. Winchen schien vom Schöpfer nicht zur Verführung erdacht worden. Man konnte glauben, daß sie der große Schöpfer aus Keitern zusammengeheftet und in einem Augenblick größter Zertrübntheit, Ein kleiner Kumpf trug einen viel zu großen Kopf. Dünne Arme endeten in Männerfüßen. Das eine Bein war kürzer als das andere. Die Wölbung des Busens sah auf dem Rücken. Schon der Gedanke, daß dieses Gams zärtlich werden könnte, reichte zum Lachen.

(Fortsetzung folgt.)

des Inhabers und dem investierten Kapital entsprechende Ver-
mehrung. In dieser schweren Zeit komme die Reichsregierung mit
einer Sondersteuer von 5 bis 10% auf den Umsatz. Die Klassi-
fizierung im Wirtschaftsgewerbe sei ein Übel und daher abzulehnen.
Das Schlimmste ist aber, daß die Kommunen ebenfalls noch
100% Aufschlag nehmen könnten. Dies muß unter allen Um-
ständen verhindert werden. Die Wirte wollen Steuern zahlen ent-
sprechend ihrem Können, aber die neue Steuervorlage übersteige
ihre Kräfte. Nicht die Wirte allein vermögen die Steuern
erzuzahlen; alle dem Gewerbe verwandten Berufe müssen mit-
arbeiten, alle Restaurants, Cafés und Hotelgäste haben hinter-
dem Wirtschaftsgewerbe zu stehen, wenn in Zukunft nicht der Aufent-
halt im Gasthaus unmöglich gemacht werden soll. Noch ist in
Deutschland das Gastwirtschaftsgewerbe ein Bedürfnis der übergroßen
Zahl der Bevölkerung. Die Sondersteuer sei ein Ausnahmengesetz
und daher abzulehnen. Der Referent, dem mit großer Aufmerk-
samkeit zugehört wurde, empfahl folgende Resolution zur ein-
stimmigen Annahme:

Die am 20. September im Kolosseum zu Lübeck zahlreich
versammelten Vertreter des Gastwirtschaftsgewerbes, der Angestellten-
verbände der Kellerer, Köche und Musiker, des Brauereiverbandes,
des Vereins der Mineralwasserfabrikanten, des Konditorenvereins
der Fleischer und Bäcker-Innung, der Zigarrenladeninhaber von
Lübeck und Umgegend erheben einmütig und entschlossen Protest
gegen die geplante Sonderumfassung für das Gastwirtschaftsgewerbe.
Die Einteilung der Betriebe in verschiedene Gruppen würde
große Ungerechtigkeiten herbeiführen. Die enorme Belastung auf
die Köche des Publikums ist durch nichts gerechtfertigt. Die
Durchführung des Gesetzes würde zweifellos den Ruin vieler
Geschäfte und damit Arbeitslosigkeit vieler Angestellten herbei-
führen. Ein verminderter Warenaustausch wäre die unausblei-
bliche Folge. Die vom Reich erhoffte große Einnahme aus dieser
neuen Vorlage würde aber dem zu erwartenden allgemeinen
Steueraufschlag der vielen schwer geschädigten Betriebe nicht ein-
treten.

Daß der Versammlung aus dem Herzen gesprochen wurde,
bewies der reiche Beifall, der Herrn Britop zuteil wurde.
In der Diskussion wies Herr B o y s e n kurz
darauf hin, daß auch die Guttempler ein groß Teil
Schuld an der neuen Steuer hätten, diese wollten über-
haupt am liebsten das ganze Gastwirtschaftsgewerbe befeuern.
Da sehr viel verschiedene Industrien aber für das Wirtschaftsgewerbe
tätig sind, würde eine große Arbeitslosigkeit die Folge sein. Es
haben aber alle Angestellten und Arbeiter die Augen aufzuhalten,
wenn sie ihre Arbeit und ihre Stellung behalten wollen.
Herr G e y e r erklärte sich gegen jede indirekte Steuer und
ersuchte um entsprechende Erweiterung der Resolution. Die Ver-
sammlung stimmte diesem Antrag zu. Darauf wurde zur Ab-
stimmung der Resolution geschritten, die einstimmig angenommen
wurde.

Hansa-Theater. Die Aufführung der Operette „Wenn Liebe
erwacht“ hat, wie uns geschrieben wird, einen großen Erfolg zu
verzeichnen, sodaß dieselbe wohl noch lange den Spielplan be-
herrschen wird. Als nächste Operette wird „Königin“
von Gilbert gegeben, zu der die Proben unter Leitung des von
der vorjährigen Spielzeit her bestens bekannten Regisseurs
Emad Kunze im vollen Gange sind. Die Abonnenten des
Hansa-Theaters werden höchlich erlöst, ihre Abonnements-
karten bis zum 26. d. M. einlösen zu wollen. Auch werden noch
Anmeldungen für Abonnements ergegengenommen.

ph. Germitz und festgenommen wurden drei jugendliche
Arbeiter von hier, die gemeinschaftlich in Schlag-Sülzdorf einen

Einkaufsdiestahl ausgeführt hatten, wobei ihnen eine größere
Menge Hauchwaren in die Hände gefallen waren. Sie hatten
diese Sachen nicht etwa zum eigenen Gebrauche gestohlen, son-
dern um sie hier zu ihrem eigenen Vorteil zu verkaufen. Das
Diebesgut konnte zum Teil wieder herbeige-
schafft und für den Bestohlenen sichergestellt werden.
Festgenommen wurden ferner zwei Schlosser, ein Monteur und
ein Arbeiter, die von einem Bau, auf dem sie beschäftigt waren,
eine größere Menge Zinkblech und anderes Metall gestohlen
hatten, welches sie bei einem hiesigen Produktenhändler verkauft
hatten. Der größte Teil des Diebesgutes konnte beschlagnahmt
werden.

Achtung, 10. Distrikt! Die für heute Mittwoch abend an-
gesetzte Versammlung findet nicht statt.

Wadeanstalt Falkendamm. Wassermärte am 21. September
morgens 6 Uhr 18 1/2 °; mittags 12 Uhr 18 1/2 ° Celsius.

Kronsjorde. Sozialdemokratischer Verein. Am
Sonnabend fand die regelmäßige, leider nur schwach besuchte
Mitgliederversammlung statt. Als Referent war der Genosse
P a s s a r g e -Lübeck erschienen, der in einem interessanten Vor-
trage das Thema: „Was ist Sozialismus?“ behandelte. Reichen
Beifall erntete der Referent für seine Ausführungen. Als Dele-
gierter zum Bezirksparteitag in Lübeck wurde Gen. G r u b e
gewählt. Dann wurde noch gerügt, daß hier in der Bezirkskassule
Nieder-Büßau noch Kaiserbilder usw. hängen, deren Entfernung
soll gefordert werden. Im weiteren wurde beschlossen, am
13. November, dem Tag der Bürgerschaftswahl, einen Ball ab-
zuhalten, damit die Genossen sich besser kennen lernen. Auch hier
muß man demnach den Genossen zurufen: Wacht auf! Best das
Blatt, das eure Interessen vertritt, den Wortschonen!

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Zum Krach im Wettkonzern „Dan-
sa“. Der Inhaber des Konzerns, Müller, wurde festgenommen, da
140 000 Mk. eingezahlte Gelder nicht belegt werden können. Der
Vollstreckung ist es gelungen 260 000 Mk. zu beschlagnahmen. Der
Hauptmacher Wiczorek sitzt in Kopenhagen. Auch Müller be-
steht einen Baß für Jastan.

Schwerin. Durch Explosion von Spreng-
körpern getötet. Infolge unvorsichtiger Hantierens mit
Sprengkörpern wurde der 25 Jahre alte Arbeiter Karl Eggers in
seiner Wohnung getötet. Dem Unglücklichen wurden die Brust
und der Magen aufgerissen und die linke Hand vom Körper ge-
trennt. Seine neben ihm stehende Frau kam mit dem Schreden
davon.

Odenburg. Gemeinderatswahlen. Das Staats-
ministerium hat nunmehr bestimmt, daß die Neuwahlen zu den
Gemeinderatwahlen im Landesteil Odenburg in sämtlichen
Gemeinden am Sonntag, dem 27. November stattzu-
finden haben.

Verden. Bestrafter Kartoffelmucher. Die wegen
Wuchers bestrafte 12 Landwirte wurden insgesamt zu 14 750 Mk.
Geldstrafe verurteilt. Als Liebergebinde werden eingezogen 7182,50 Mk.
Unser Bremer Bruderblatt fordert die Verdöckerung auf, jeden
Landwirt oder Händler, der einl. Anfuhr mehr als 40 Mt. für
den Zentner Kartoffeln fordert oder bezahlt, bei dem Wucher-
gericht zur Anzeige zu bringen. In Zukunft soll stets auf G e-
l ä n g n i s erkannt werden.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Görlich, 19. September.

In der Montag-Vormittags-sitzung gab Genosse Franz
Krüger den

Bericht über die Tätigkeit des Partei- vorstandes.

Genosse Krüger führte u. a. aus: Die Arbeiterbewegung war
getragen von einer starken Zuversicht in die weitere günstige Ent-
wicklung der Partei. Der Rückgang bei den vorangegangenen
Wahlen hatte auch nicht einen Augenblick deprimierend gewirkt,
hatte doch niemand damit gerechnet, daß der Massen der neuen
Wahlkämpfer aus den Revolutionsstagen unvermindert würde halten
können. Es hat sich sehr bald gezeigt, daß der Erfolg unserer
Bewegung rechts und links den Reim ihrer künftigen Niederlage in
sich trug. Die Deutsche Volkspartei, die am stärksten gegen
uns getrieben hat, wollte sich möglichst schnell rote Ketten anziehen,
weil ohne die Sozialdemokratie keine arbeitsfähige Regierung
gebildet werden konnte. Doch klarer zeigte sich die Wirkung bei
den Unabhängigen. Sie hatten die Beteiligung an der
Regierung abgelehnt, denn bei ihnen herrschte damals noch die
zahlreiche ständige revolutionäre Phantasie. Die Arbeiter sahen, daß
der einzige sichtbare Erfolg des Sieges der Unabhängigen bei den
Wahlen eine Zurückdrängung des Arbeiterinflusses in der Re-
gierung und die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung war.
Das wurde den Unabhängigen zum Verhängnis und es kamen
die Tage von Halle. Nebenbei geblieben ist bei ihnen nur ein kleiner
Teil, der sich noch einen kleinen Rest des Willens zu erster
politischer Arbeit bewahrt hat. Dieser Parteitag von Halle wurde
zum ersten Schritt auf dem Wege zur Herstellung gesunder
politischer Verhältnisse in der Arbeiterbewegung. Dieser ersten Schritt
vom Wort zur Tat sind bald weitere gefolgt, und unsere Aufgabe
ist es, diese Entwicklung durch eine klare und konsequente Politik
zu fördern. (Zustimmung.) Die Sozialdemokratie kann sich heute
weniger als je eine Politik über den Rücken leihen, sondern wir
haben die Pflicht, zu verhindern, die Menschen an uns zu reizen,
und wenn wir nicht verhindern, die ganze Menschheit an uns
zu reizen, einen möglichst großen Teil zu gewinnen und jede
Möglichkeit herbeizuführen und zu verteidigen. (Beifall.) Ein
solches Stück wirklicher Macht ist in erster Linie die Republik,
in der jeder Staatsbürger die gleichberechtigte Mitbestimmung
bei der Besetzung des Staates und der Staatsleitung hat. Ein
Unabhängiger hat zuerst das Wort gesprochen: Wir wollen die
demokratische Republik mit Klauen und Zähnen verteidigen, weil
sie der Boden für den proletarischen Klassenkampf ist. (Sehr
gut!) In der heutigen jugendlichen politischen Situation wäre es
zu radikalen Verbrechen an der Arbeiterklasse, wenn wir auf
Grund irgendwelcher tatsächlicher Ermüdungen oder falsch verstan-
dener Grundzüge die Republik widerstandslos den Feinden über-
lassen halben könnten ausstehen würden. (Beifall.) Die innere
Bewegung unserer Partei hat zugenommen. Unser Funktionä-
rapparat arbeitet ungezügelt. Die Arbeiter setzen weiter fest
zu den Parolen der Sozialdemokratie. Der Agitation unter den
Bauern haben wir unser besonderes Augenmerk gewidmet. Der
Widerstand gegen besondere Verhältnisse für die Bauern ist
unberechtigt. Diese Ausprüche sind keine Entwürfe für die Bau-
ern, sondern liegen im Interesse der Partei. Aber die Partei
kann natürlich nie ein Organ für die wirtschaftliche Interessen-
vertretung der Bauern sein, dazu sind die Bauernverbände da.
(Sehr richtig!) Bei den Wahlen zu den Kommunalvertretungen,
besonders in der großen Städten, haben wir einen kleinen Rück-
gang zu verzeichnen. Man hat nicht immer bei der Auswahl der
Kandidaten eine glückliche Hand gehabt. Besondere Gewerkschafts-
fragen bei den kommunalen Wahlen sind mit Entschiedenheit ab-
zuweisen. Die Ereignisse dauern nur bis zum Reizung und die
politische Situation wird durch den Verlauf der Wahlen

festigkeit unserer Organisation hat sich in den letzten Wochen
glänzend bewährt, als wir den Rechtsradikalen zeigen mußten,
daß die Arbeiterbewegung bei Fortdauer ihrer Arbeit eventuell
selbst ihr Recht sich verschaffen müßte. Die Wiederehr des
9. November wird uns eine willkommene Gelegenheit zur Prüfung
unseres Kampfwillens bieten. Der 1. Mai eignet sich zum allge-
meinen nationalen Demonstrationsfesttag, wie kaum ein zweiter
Tag; denn die Völkerverständigung und die Befämpfung des mili-
taristischen Geistes sollte zum ganzen deutschen Volk vertreten
werden. (Sehr wahr!) Der 9. November ist kein Tag des
Jubels; denn der Zusammenbruch des alten Systems war zugleich
der Beginn ungeheurer Belastungen und Forderungen des deutschen
Volkes. Aber gleichwohl werden wir nicht darauf verzichten, an
diesem Tage zu zeigen, daß die Arbeiterbewegung für die Erzun-
gen des 9. November alles einsetzt wird, wenn nötig, auch
Leben und Blut. (Lebhafter Beifall.) Das Verlangen unserer
Kampfrichter, ihr teilweises Zurückbleiben haben dem Streben nach
Einigkeit immer neue Kraft gegeben. Glücklicherweise fordert
niemand von der Partei mehr: Einigung um jeden Preis.
Wir haben die Spaltung aufs tiefste bedauert, immer noch Einigkeit
gestrebt, aber eine Einigung ohne Uebereinstimmung der Grund-
züge und Taktik trüge nur den Kampf in die vereinigten Parteien
und machte sie dadurch kampfunfähig. Die Erfolge solcher Einig-
ung kann man bei der R. P. D. beobachten. Hauptdifferenz
zwischen der USPD und uns ist heute die Frage der gemeinsamen
Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien. Die USPD hat
sich als Verrat bezeichnet. Ihre Gründe für die Unterstützung
des Kabinetts sind unsere letzte Rechtfertigung. Solange die De-
mokratie gefährdet ist, fordern die Unabhängigen unsern Wieder-
eintritt in die preussische Regierung. Die Vorgänge nach der
Erordnung Erzbergers haben ja auch deutlich gezeigt,
wie gefährlich es ist, wenn wir in dem großen Verwaltungsrat
Preußen nicht die Hand an der Linde der Verwaltung haben.
In die Bedrohung vorüber, sollen wir wieder austreten. Ein
solches Razziaspiel kann sich die größte politische Partei, die ernst
genommen werden will, nicht leisten. (Sehr wahr!) Der USPD
fehlt der Mut, die selbsternannte Wahrheit zu vertreten. Als
große Fraktion der Stadtverwaltung Berlin lehnt sie dem eigenen
Magistrat den Etat ab. Das ist keine Politik, sondern Offen-
theater. (Sehr richtig!) Die USPD muß, wenn die Einigung
kommen soll, die Kinderleihen lassen und mit uns ernsthafte politi-
sche Arbeit leisten. Die Arbeiter brauchen die Einigung, um zur
Macht zu kommen und können nicht dulden, daß einzelne Personen
der Einigung im Wege stehen. Solange die Einigung nicht er-
reicht ist, wird die Einheitsfront durch gelegentliches Zusammen-
gehen hergestellt werden müssen. Ein solches ist aber nur möglich
bei gemeinsamen Aufstellungen. Die Kommunisten haben
sich als wenig angenehme Bundesgenossen gezeigt. Bei der Ab-
weisung der Wasserversorgung für Polen hat der kommunistische
Vertreter mit uns und der USPD einen Antrag vereinbart und
im am nächsten Tage in der „Kölnischen Zeitung“ unter wüsten Be-
schimpfungen herabgerufen. (Hört, hört!) Gefährlich ist es
auch, wenn man die Parole der Kommunisten unbedenken hin-
nimmt und sagt: „Nie wieder Krieg“ sagt, „Nie wieder imperia-
listischer Krieg“, damit die Sozialdemokratie ruhig weitergehen
kann, oder wenn man die Freilassung aller politischen Gefangenen
fordert. Kann man die politischen Verbrecher von rechts festhalten,
wenn man denen von links eine Freifahrt gibt? Soll man die
Mörder Erzbergers wie auch Max Holz und die Dynamitverbrecher
als politische Verbrecher freilassen? Mit Ausnahme rechtsstehen-
der Sozialpolitiker ist es in Deutschland allgemeine Ansicht, daß
ohne uns oder gegen die Sozialdemokratie nicht regiert werden
kann. Soll Deutschland nicht in die größte Gefahr kommen. Als
der Parteitag in Kassel den Beschluß herüber brachte, waren wir
aus der Reichsregierung ausgetreten. Ein Zusammengehen mit
der Reichsregierung würde eine einstimmige Abstimmung abgeben. Die

Bedingungen, die in Kassel aufgestellt wurden, waren Bedingun-
gen für ein eventuelles Wiedereintreten in die Regierung. Wir
hatten ein Interesse daran, den Oppositionsparteien Gelegenheit
zu geben, in die Praxis umzusetzen, was sie dem Volke versprochen
hatten. Wenn der Kasserer Beschluß, in dem keine bestimmte Par-
tei genannt ist, in der praktischen Politik durchgeführt hat, daß
wir eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ablehnen, so
nicht deshalb, weil wir den Grundzüge der Deutschen Volkspar-
tei ablehnend gegenübersehen, sondern weil die praktische
Politik der Partei nach unseren Bedingungen unvereinbar war
mit den Grundzügen, die wir für eine Teilnahme an der Reichs-
regierung aufstellen mußten. Aber schon sehr bald nach dem
Parteitag wurde bei dem Parteivorstand die Frage erhoben, ob
diese Grundzüge auch Anwendung zu finden hätten auf die Regie-
rungsabteilung in den Ländern. Zunächst war es die Regierungs-
abteilung in Lippe. Es ist jedem klar, daß ein Bündnis wie
L i p p e anders behandelt werden muß wie das Reich oder Preu-
ßen. Ohne uns wäre es in Lippe zur Bildung eines Bürgerblocks
gekommen und wir hätten den schlimmsten Reaktionsären das Heft
in die Hand gegeben. So war die Haltung unserer Partei durch-
aus richtig. Der zweite Fall betraf M e d l e n b u r g. Die bür-
gerlichen Elemente hätten es dort sehr gern gesehen, wenn sie
eine Regierung nur unter sich hätten bilden können, wenn wir
den maßgebenden Einfluß, den wir in Mecklenburg mit keiner
sehr wenig entwickelten Industrie hatten, preisgegeben hätten.
Soll gleichzeitig wurde die Regierungsabteilung in Preußen
brennend. Wir waren bereit, in Preußen die alte Koalition fort-
zusetzen, aber keine Koalition mit der Deutschen Volkspartei zu
bilden. Wir haben diesen Standpunkt vertreten, weil nach unserer
Meinung die neue preussische Regierung die Pflicht hatte, die
Demokratisierung der Verwaltung fortzusetzen und entscheidenden
Einfluß zu gewinnen auf die Reichsregierung. Nach der Art,
wie die Deutsche Volkspartei den Wahlkampf geführt hatte und
ihr Programm vertrat, konnten diese Aufgaben mit ihr nicht durch-
geführt werden. Wir haben ihr vier Fragen vorgelegt, die sie ein-
fach als undisputabel erklärt hat. Daß wir unter allen Umständen
in der Regierung bleiben müssen, gleichviel, welches Programm sie
hat, wird kein Parteigenosse behaupten. Gewiß kann die Beteili-
gung an der Regierung eine wichtige Machtposition sein, aber
nicht jede Beteiligung an einer Regierung muß eine Machtposition
sein. (Sehr wahr!) Von einer Regierung mit bürgerlicher Mehr-
heit und gar noch mit der Deutschen Volkspartei müßten wir
f e s t e G a r a n t i e n haben, sonst wären wir das letzte oder letzte
Rad am Wagen gewesen und hätten lediglich die Verantwortung
gehabt für das, was die anderen taten, ohne uns durchzusetzen.
Aber die Frage der Beteiligung an der preussischen Regierung ist
damit nicht endgültig erledigt. Sie ist heute aktueller als je.
Der Gegensatz zwischen dem Reich und Bayern, dem von Preußen
unterstützten Bayern, zeigt uns, daß wir mit aller Kraft ver-
suchen müssen, die bürgerlichen Partei zu zwingen, mit uns zu
regieren unter den Voraussetzungen, die die Partei annimmt
kann. Unsere Erzunungen sind die Republik, unsere Erzun-
gen sind das demokratische Selbstbestimmungsrecht des deutschen
Volkes. Die Sozialdemokratie kann nicht heute die Verteidigung
unserer Erzunungen aus der Hand geben. (Sehr wahr!)
Wir können heute die Macht allein nicht ausüben. Wir können
nicht auf Weltrevolution und Diktatur warten und in der Zwei-
schzeit den Schutz der Republik ihren Gegnern überlassen. Wir
müssen alles daran setzen, auf die Regierung in Deutschland maß-
gebend, führenden Einfluß zu gewinnen. Gewiß hat der Kapp-
putsch gezeigt, daß die Arbeiterbewegung sich die Republik nicht rauben
läßt. Die Arbeiterbewegung ist die einzige zuverlässige Stütze der
Republik und sie wird für sie nicht nur mit Fahnen und Schildern
demonstrieren, sondern im Notfall sie mit Blut und Leben ver-
teidigen. (Sehr wahr!) Aber wir müssen für die Republik auch
die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den bürgerlichen Par-
teien gewinnen. Wir sind bereit, an künftigen Koalitionsregierun-
gen teilzunehmen und knüpfen diese Bereitschaft an keine be-
stimmte Partei. Wir können weder sagen: mit denen und denen
unter allen Umständen, aber auch nicht unter keinen Umständen.
Es kommt uns nicht auf den Namen an, sondern darauf, welche
Politik die Regierung treiben wird. Seit zwei Jahren ist das
deutsche Parteiwesen in förmlicher Entwicklung, die noch nicht ab-
geschlossen ist. Im Zentrum hat das Arbeiterelement zwar
wieder wesentlichen Einfluß verloren. Die Demokraten sind
auf dem besten Wege, die alte veränderte Fortschrittspartei zu
werden. Ueber Sozialisierung und Besteuerung kann man sich am
Ende mit Strohmann leichter verständigen als mit Gothein, der
darin überhaupt nicht zu sprechen ist. Vor allem aber sind die De-
mokraten eine bedeutungslose Partei geworden. In der Deutschen
Volkspartei sind verschiedene Strömungen. Ein Teil sucht An-
schluß an die Deutschnationalen, ein anderer will gemeinsam mit
der Sozialdemokratie den Bürgerkrieg vermeiden und Deutschland
wieder aufbauen. Wir müssen ein Programm aufstellen, mit dem
wir uns koalieren können. In diesem Mindestprogramm müssen
wir alles aufschreiben, was auf bürgerlicher Seite nicht durchzu-
setzen ist. Sozialistische Politik läßt sich in einer solchen Koalition
nicht treiben, wohl aber können wir die Republik sicherstellen und
die demokratische Entwicklung fördern. Die bisherigen Erklärun-
gen der Deutschen Volkspartei in dieser Beziehung sind ungenü-
gend. Sie muß sich nicht nur bereit erklären, Republik und repu-
blikanische Verfassung zu schützen, sie muß auch die monarchistische
Propaganda im Lande einspielen, die gewalttätigen Angriffe gegen
die Republik erzeugt und allen Desperados Vorschub leistet. Wenn
die Kommunisten erklären, daß sie im Herzen an der Diktatur
des Proletariats festhalten, aber sie für das heutige Deutschland
als Anfang erklären und deswegen auf ihr Programm verzichten,
dann könnten wir mit ihnen zusammenarbeiten. Genau so müßten
den, die im Herzen monarchistisch sind. Auch sie müssen darauf
verzichten, das Gefühl ihres Herzens zum Gegenstand der Propa-
ganda zu machen. Zweite Bedingung ist der Wille zur Erfüllung
des Friedensvertrages und des Ultimatums. Wer die Republik
stützen will, muß sich auch gegen das landesgefährliche Treiben
der gewissenlosen Devisenspekulanten wenden, welches das deutsche
Volk Hunderte von Millionen gekostet hat; der darf nicht ver-
suchen, durch eine höchst zweifelhafte Kreditgewährung an das
deutsche Reich die notwendige Bekämpfung der Goldwerte ver-
hindern zu wollen. (Sehr gut!) Voraussetzung für die Regie-
rungstaktik muß die Einigung über ein Steuerprogramm sein;
das Besch und Einkommen in vollem Umfang erträglich besteuert.
Der Regierung muß Pflicht sein, die Verwaltung, die Polizei und
die Reichswehr zu republikanisieren. Eine Regierungspartei darf
nicht große Armeen aufstellen, darf aber auch nicht die Tradition
des alten militaristischen Heeres hochhalten und den Generals-
Künigle unterstützen wollen.

Wer mit uns in die Regierung gehen will, muß dieses Pro-
gramm ehrlich annehmen. Wir fordern nicht mehr, als jede Re-
gierung Deutschlands für Deutschlands Leben leisten muß. Welche
Partei uns die notwendigen Garantien für die Durchführung dies-
es Programms gibt, das müssen wir in jedem Einzelfall genau
prüfen. Die Frage der Regierungsabteilung ist die wichtigste Frage
für die Zukunft des deutschen Volkes und die Stellung unserer
Partei im Volk. Wir wollen an der Regierung teilnehmen, aber
nicht unter allen Umständen, um jeden Preis, also Anhängsel
einer Regierung, die von rein bürgerlichen Gesichtspunkten getrie-
ben wird, sondern nur in einer Regierung, die unser Mindestpro-
gramm durchführt. Die Massen erwarten von uns unentwegte
Befolgung unserer Entwürfe, aber auch unausgesetzte praktische
Arbeit für die Verwirklichung. Das Vertrauen der Massen gilt
nicht unserm Programm als einem Stück Papier, sondern dem
Willen zur Durchführung unserer Gedanken. Wir brauchen klare
Erkenntnis von den Möglichkeiten in der Frage der Regierungs-
abteilung und von den Pflichten, welche die Größe der Partei uns
auferlegt. Je mehr der Parteitag seine Berechtigung erweist, um
so mehr werden wir sein, was wir sein müssen, die Partei des
deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Den Klassenbericht

erstattet Barfels. Er verweist auf die ausführlichen Angaben der gedruckten Vorlage und hebt mit Genugtuung hervor, daß das Vertrauen der Arbeiterklasse allen Widerwärtigkeiten zum Trotz in steigendem Maße wieder der Sozialdemokratie zugewandt ist. Die Zunahme der Mitglieder um 8,4 Prozent mag rein äußerlich nur gering erscheinen, aber man muß, wenn man sie richtig bewerten will, die ungeheure Lenkung, die Arbeitslosigkeit, den Wegfall durch die besetzten Gebiete und auch die Förderung des Individualismus durch die Spaltung in der Arbeiterbewegung in Betracht ziehen. Dem günstigen Resultat in der männlichen Mitgliederbewegung steht allerdings ein Rückgang bei den weiblichen Mitgliedern gegenüber. Zwar war in 18 Bezirken eine mäßige Zunahme zu verzeichnen, aber in 14 Bezirken sind die Verluste zum Teil recht erheblich, Ostpreußen verlor fast die Hälfte der weiblichen Mitglieder und auch in Pommern und Magdeburg ist der Rückgang stark. Erfreulich ist der Fortschritt in der Arbeiterjugendbewegung. Otto Braun ist nach seinem Rücktritt aus der preussischen Regierung wieder in den Hauptvorstand gewählt worden. Die höheren Zuschüsse in der „Kommunalen Praxis“ könnten durch regere Agitation leicht vermindert werden. Die Parteipresse hat sich leblich gehalten. Allerdings sehen die Zeitungen vor schweren wirtschaftlichen Mäßen. Die Leserschaft hat keine wesentliche Steigerung erfahren. Sie beläuft sich auf rund 1,3 Millionen. Aus den Ueberprüfungen der Parteigeschäfte sind etwa 500 000 Mark hinzugekommen. Eine Anzahl Parteigeschäfte kam ihren Verpflichtungen durchaus nicht nach. Die Buchhandlung „Vorwärts“ hat sich gut entwickelt und ihren Umlauf verdreifacht. Sie hat einen Kartellvertrag mit J. S. W. Diez in Stuttgart abgeschlossen und den sozialistischen Teil des Verlags Cassirer übernommen. Die Parteikasse schließt mit einem Defizit von rund einer Million Mark. Die Wahlkämpfe der letzten zwei Jahre haben der Partei insgesamt die für unsere Verhältnisse riesige Summe von 10 Millionen gekostet. Aber die Beitragsabführung ist um eine Million im Jahre gestiegen. Das Gesamtbild ist günstig und ein Beweis für die Stärke und Kraft unserer Organisation. Uns gibt weder Stinnes noch Moskau. Wir leben unabhängig nach allen Seiten, nur von den kleinen Beiträgen der uns vertrauenden Volksgenossen. Wir sind die Partei des werktätigen Volkes und werden sie auf dem Wege der Demokratie zu ihren sozialistischen Endzielen führen. (Lebhafte Beifall.)

Den Bericht der Kontrollkommission erstattet Brühne-Frankfurt a. M. Beschwerden gegen den Vorstand sind nicht eingelaufen. Die Kassen sind in vollständiger Ordnung. Wir beantragen Entlastung. (Bravo!)

Nachmittagsitzung.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung erstattet Ritzner den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Anwesend sind 279 Delegierte, 20 Vertreter der Reichstagsfraktion, 17 Mitglieder des Parteivorstandes, alle 9 Mitglieder der Kontrollkommission, die Mitglieder des Parteiaususses und 4 Mitglieder der Programmkommission. Proteste liegen nicht vor, so daß die Mandate aller 876 Vertreter für gültig erklärt werden. Heinrich Schulz spricht über die Stärkung der

Bildungs- und Jugendbewegung.

Die Arbeiterjugendbewegung arbeitet jetzt stattmäßig und sachgemäß. Auch in den Bildungsbestrebungen geht es vorwärts. Der erste sozialdemokratische Kulturtag in Dresden war ein Erfolg. Die Sonderorganisationen der Lehrer sind berechtigt, wenn in ihnen sich die Lehrer in erster Linie als Sozialdemokraten fühlen. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft haben wir als Kulturpartei selbstverständlich unterstützt. Um den Sozialismus wissenschaftlich zu vertiefen, sollten sich alle Parteigenossen, die wissenschaftlich tätig sind, zu einer wissenschaftlichen Gemeinschaft zusammenschließen. Wenn wir Demokratie und Republik sichern, sichern wir auch die deutsche Kultur. (Beifall.)

Aussprache über den Vorstandsbericht.

Marxwald-Frankfurt a. M.: Das Verbot deutschnationaler Blätter läßt sich zur Not noch rechtfertigen, weil sie unter dem Schutz der Klassenjustiz jede Mardheke treiben konnten, aber die Kommunisten packt schon der Staatsanwalt, wenn sie sich strafbar machen. Die Resolution des Genossen Krüger ist nur die geschickte in Szene gesetzte Vorbereitung für die Regierungsbildung mit der Deutschen Volkspartei. (Sehr wahr!) Natürlich wird die Deutsche Volkspartei alles unerschreiben, und natürlich wird Stinnes zu ihrem linken Flügel gehören, aber die große Mehrheit der Industrie wird alle volkfreundlichen Forderungen sabotieren, die sie unterdrücken. Zentrum und Demokraten können wenigstens auch anders, aber die Volkspartei muß arbeitserföndlich sein, sonst entzieht ihr das Kapital die politische und finanzielle Grundlage. Es ist eine Sünde, die Einigkeit der Arbeiter durch eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei unnötig zu erschweren. Redner begründet dann zwei Frankfurter Anträge auf Forderung einer Volksabstimmung über eine Notreform der Klassenjustiz und über die Einziehung des Hohenzollern-Vermögens. Wenigstens die direkte Wahl der Schöffen und Geschworenen ist sofort nötig. Wilhelm II. darf nicht noch mehr Geld nach Holland geschickt werden. (Beifall.)

Castlein-Breslau: Die Breslauer Genossen teilen in der Frage der Regierungsbildung den Frankfurter Standpunkt und lehnen ein Bündnis mit der Volkspartei ab. Wir sollen ja nicht zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei wählen, sondern zum reaktionären Zentrum noch die reaktionäre Volkspartei hinzunehmen.

Eisenhart-Hamburg: Wir brauchen nicht viele Worte, sondern Taten. Wir müssen als große republikanische Partei so viel Macht ausüben, wie wir irgend erreichen können. Hier ist die Frage, wie können wir die Republik, wie können wir die Verfassung? Wir haben gesagt, wenn die Reaktion wieder ihr Haupt erhebt, würden wir sie so abfahren lassen, daß sie das Wiederkommen für alle Zeiten vergißt. Es sieht nicht ganz darnach aus. Schuld daran ist die unselige Zersplitterung der Arbeiterklasse und unsere vertrauensselige Gutmütigkeit, manchmal geradezu jämmerliche Schwachheit. (Sehr gut! und Widerspruch.) Die Kampfanlage Hermann Müllers gegen die Deutschnationalen, gegen die Ehrhardt-Mörder, kann nur von dem Reich und den Landesregierungen verwirklicht werden. Wird sie es nicht, dann gehen wir trübseligen Zeiten entgegen. Nur durch rücksichtslose Entfernung der reaktionären Beamten können wir das nötige Vertrauen gewinnen. Nach dem Rapp-Buch haben wir viel zu lange auf unseren Lorbeer ausgerührt. Wir können nicht wieder mit dem gleichen Glück rechnen, wenn wir nicht alles Nötige für den Augenblick der Alarmbereitschaft voraussehen und jeder seinen Platz kennt. (Sehr gut!) Auch die Abwehr des Rieferskreises müssen wir vorbereiten. Den Rapp-Sauftail in Bayern können die bayerischen Genossen nicht allein reinigen, sie brauchen dazu die Unterstützung der gesamten Partei. (Lebhafte Beifall.)

Brösch-Frankfurt a. M.: Krüger hat sich nur gegen links gewandt und kein Wort gegen die Genossen gesagt, die nach rechts schielen und die parteilichsten Fragen in reaktionären Zeitungen erörtern. Das erschwert unsere Agitation. Wir müssen zur Tat übergehen und auch einmal nach links einen Schritt tun. (Zuruf: Weiden!) Die Einigung kommt nicht durch heimliche Regenegepelp zustande, dazu ist das Ziel viel zu hoch. Wir sind gegen eine Verbindung mit der Deutschen Volkspartei. (Beifall.)

Dr. R. a. d. Hamburg: Die Forderung auf Vereinigung der sozialistischen Wissenschaftler ist das Gebot der Stunde. Wir müssen uns dabei hüten vor allzugroßer Engbrzigkeit und dürfen uns nicht hermetisch absperrern. Zunächst muß dafür gejorgt werden, daß die jungen Leute aus den freibeitlich gesinnten Kreisen die Unvorsichtigkeiten beugehen können. Darum fordern wir eine all-

gemeine Hochschulreform. Bei der Regierungsbildung müssen wir uns hüten vor allzugroßer Angst vor den Bürgerlichen. Haben wir doch endlich mehr Vertrauen zu unserer eigenen Kraft. Wenn wir mit der Volkspartei zusammengehen, so heißt das doch nicht, daß die Volkspartei nun regiert. Es ist beschämend für eine große Partei, wenn sie immer ängstlich nach links und rechts guckt, anstatt geradeaus zu schauen und das tut, was die Stunde gebietet. (Beifall.) Die Stunde aber gebietet keine fruchtlose Opposition, sondern das Festhalten an einer Position, die wir schon errungen haben. Bayern und Preußen sind abschreckende Beispiele. Die radikalen Reden von Breslau und Frankfurt klangen ja sehr schön, aber wenn wir mit aller Opposition die Reaktion nicht kürzen können, dann kommt der Kassenjammer. Darum stellen sich die Hamburger Delegierten geschlossen hinter die Resolution des Parteivorstandes. (Beifall.)

Eggerstedt-Kiel: Es hängt doch nicht von unserem guten Willen ab, mit welcher Partei wir eine Regierung bilden können. Wenn es nur nach unserem guten Willen ainge, dann würden wir die Regierung nur mit Demokraten und Unabhängigen bilden, aber so liegen die Dinge nicht. Es ist richtig, daß im Lande durch unsere eigene Politik vor allem durch den Beschluß von Kassel, das Zusammengehen mit der Volkspartei unterbunden wurde.

Biesler-Hoischüttel: Die Resolution des Parteivorstandes fordert unmögliche Grundlagen unserer Regierungsbildung. Unsere Organisation muß nach den Verwaltungsbezirken neu aufgebaut werden. Noch immer ist das Vermögen der Hohenzollern nicht eingezogen. Ohne Berrichtung der wirtschaftlichen Macht der Reaktion sind wir verloren.

Loebe: Ich möchte den Antrag begründen, der die Parteigenossen auffordert, die Abzeichen der deutschen Republik zu tragen. Wir haben uns auch äußerlich in die Defensive drängen lassen. Halbeskammer und Stahelhelmjünglinge, sowie Schutz- und Truhbändler beherrschten die Straßen und Bahnen. Als ihr Uebermut so weit ging, großen Arbeiterkräften den schwarzen-weißen Stempel aufdrücken zu wollen, entstand eine Gegenbewegung in der Arbeiterklasse selber, die sonst allen äußerlichen Dekorationen und Abzeichen abhold ist. Den Herren aber gilt es zu zeigen, ein wie großer Teil des deutschen Volkes bewußt republikanisch ist, wieviele Arbeiter, Angestellte, Beamte und einflußreiche Bürger zum Schutz der Republik bereitstehen. Seitdem sind Mut und Reden der Reaktion gedämpft geworden. Unser Rot soll neben dem schwarzen Dunst der Vergangenheit und dem Gold einer schöneren Zukunft nicht verschwinden. Unsere internationale Parteifähigkeit bleibt rot. Unter diesem Banner kämpfen wir, bis wir den sozialen Volksstaat bekommen haben. Weiter handelt es sich aber darum, den Kampfsooden zu sichern und alles mit Mut und Festigkeit und sozialer Luft zu erfüllen, nicht im Sinne der deutschnationalen Jünglinge, sondern Mut im Sinne der Betundung der ehrlichen Ueberzeugung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, das der Reaktion dadurch zuzurufen will: „Nur Euch nicht und feht Euch nicht nach den Tagen, wenn dieses Volk sich gegen Euch erhebt!“ (Lebhafte Beifall.)

Maße-Breslau: Unerhöhte Kraftanstrengung ist notwendig. Schon von Schlessen droht ungeheure Gefahr und der Parteivorstand hat nicht genug dagegen getan. Die Zustände an der mittelschlesischen Grenze sind nicht weit von denen Ungarns entfernt, und das ist Schuld der gegenwärtigen preussischen Regierung. Trotz unserer Mahnungen und Warnungen hat sie unter dem Deckmantel des Selbstschutzes neben ehrlichen Idealisten auch das ganze Gefindel der Baltikumer und Rappisten nach Schlessen anemorzogen. Nach Aufhebung des Selbstschutzes sind diese in militärischen Formationen zusammengeschieben. Schlessen starrt nun Waffen. Unsere Funktionäre wurden auf dem Lande und bis nach Breslau hinein auf Schritt und Tritt verfolgt. Abtrünniger der reaktionären Arbeitsgemeinschaft wurden von Besatzmännern aus Breslauer Hotels verschleppt. Politische Morde sind häufig. Die verhafteten Gewaltdemokraten läßt die Staatsanwaltschaft wieder frei. Wir fordern sofortige Gegenmaßnahmen der Regierung gegen die verfassungswidrigen Maßnahmen und deren Durchführung unter der Kontrolle der Gewerkschaften.

Riese-Jena: Wir kommen von einem strengen Wahlkampf, den wir unter der Parole des Schutzes der Republik durchgeführt haben. Mit der Deutschen Volkspartei ist aber ein Schutz der Republik nicht möglich. Die Blide der deutschen Arbeiterschaft sind auf Gorkik gerichtet und es kann uns ganz gleichgültig bleiben, was das deutsche Bürgertum über Gorkik denkt. Bedauerlich war die Schönung, die Krüger der Deutschen Volkspartei angedeihen ließ, während er die Unabhängigen mit Haß überhäufte. Wenn wir die Koalition mit der Deutschen Volkspartei schließen, dann sind Trennungswände zwischen uns und der USPD. ausgerichtet, während die Massen nach Einigkeit rufen. Seien wir doch keine Parteigeossen, sondern nehmen wir uns einen unabhängigen Gewerkschafter, wie Dikmann, zum Vorbild. Es ist sehr leicht, auf einem sozialdemokratischen Parteitag Unabhängige zu schmähen, die sich nicht verteidigen können. Unsere Aufgabe muß es sein, die Einigung mit den Unabhängigen vorzubereiten. Der Parteivorstand hat den Kasseler Beschluß nicht loyal durchgeführt, sonst hätte er die Ausnahmen für Sine und Weidenburg nicht zulassen dürfen. Denn die Deutsche Volkspartei ist in diesen Ländern nicht besser als bei uns. Wir fordern die Sicherung der Republik auf weite Sicht. (Beieingelzter Beifall.)

Schölich-Breslau: Was Castlein über die Stimmung in Schlessen gesagt hat, ist nicht richtig. (Hört, hört!) Wir sind dagegen, daß wir unsere Taktik auf längere Zeit hinaus durch Parteitagbeschlüsse binden und den Fehler von Kassel wiederholen. Die Reden von Marxwald und Castlein wirken wie das Auftreten eines gewissen Tieres im Porzellanladen. Warum mühten wir uns aus der preussischen Regierung hinausmanörieren lassen? Weil wir in dem größten deutschem Bundesstaat es für unsere Pflicht hielten, den Kasseler Beschluß zu vollziehen. Die Kritiker unserer Haltung sind die Leute, die uns mit dem Kasseler Beschluß die Hände gebunden haben. Minister Dominicus, der den Deutschnationalen zunächst zu weit links stand, hat sich sehr schnell das Vertrauen der Rechten erworben, und nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Demokraten aus den Western gelagt. Wer will, daß das anders wird, muß für die Resolution des Vorstandes stimmen, damit wir wieder in die Regierung hineingehen können.

Scheidemann: Für uns muß das Wort Kasselles gelten, daß wir jederzeit alle Kräfte auf einen Punkt konzentrieren müssen, und zwar auf den wichtigsten. Die Sicherung der Republik unter allen Umständen herbeizuführen, ist im Augenblick dieser wichtige Punkt. Die Republik ist in Gefahr und wird in Gefahr bleiben, wenn es uns nicht gelingt, der Reaktion das Handwerk zu legen. (Sehr gut!) Alle Rektionäre Europas hiden mit Bewunderung auf Horsting-Ungarn, und das Streben aller Rektionäre in Deutschland ist, daß Deutschland nicht nur ein Bayern, sondern ein Ungarn werde. Heragt hat offen erklärt, daß für die Deutschnationalen die Verfassung wie bisher nur eine Episode ist und daß ihr Ziel die Wiederherstellung des Kaiseriums bleibe. Wir wissen also genau, wie es steht. Die Republik muß unter allen Umständen geschützt werden. Wenn das nur mit solchen Palliativmitteln geschehen könnte, wie es die Verordnungen des Reichspräsidenten sind, dann hätten die Rektionäre leichte Arbeit. Wir brauchen eine gründliche Reform der Verwaltung der Justiz, wir brauchen eine Reform des Schulwesens und der Universität. Die Universitäten sollen die Stätten der Wissenschaften werden und nicht länger Brunnstätten der Reaktion sein. Das will die große Mehrheit des Volkes und danach müssen wir handeln. In die Regierung müssen die hinein, die entschlossen sind, das durchzuführen. Im Reich und in allen Staaten müssen Regierungen sein, deren Mitglieder bereit sind, zum Schutz der Republik

alle Nächstmittel des Staates anzuwenden. Es ist unhaltbar, daß im Reich gegen rechts, in Preußen mit Siegerwald gegen links regiert wird. Es ist grotesk, daß in Bayern eine deutschnational orientierte Regierung die Verordnungen des Reichspräsidenten sabotiert und Landbestrecht über Reichsrecht stellt. Eine Aenderung ist freilich nur möglich, wenn wir Sozialdemokraten uns frei machen von allen Schlagworten und ausschließlich mit den realen Tatsachen rechnen. (Sehr gut!) Unter Parteivorstand hat einmal gesagt, daß man im heutigen Deutschland nur Politik von einem Tag zum andern treiben kann. Dann können wir unmöglich unsere Taktik durch Parolen auf lange Dauer festlegen. (Sehr wahr!) Eine Partei kann sich schließlich auch von einem Tag zum andern eines Besseren befehlen. Dabei denke ich nicht an unsere Partei. (Seiterteit.) Wir können nur in die Regierung mit Parteien gehen, die die Verfassung respektieren. Aber sie brauchen nicht unbedingt für die Verfassung gestimmt zu haben, sonst mühten wir ja die USPD abzulehnen, denen wir wiederholt aus guten Gründen und ehrlicher Ueberzeugung die Mitregierung angeboten haben. Wir müssen uns frei machen von der Theorie der politischen Erblande. (Sehr gut!) Nicht was eine Partei getan hat, sondern was sie zu tun bereit ist, muß ausschlaggebend sein. Als wir die Parole ausgaben: unter keinen Umständen mit der Deutschen Volkspartei, war sie wiederholt richtig. In der Republik kann nicht mitregieren, wer die Monarchie propagiert. Eine Regierungsbildung setzt ein bestimmtes Mindestprogramm voraus. Parteien, die es annehmen und bestimmte Ministerplätze uns überlassen, kann man nicht dauernd von der Regierung zurückweisen. Ein Mindestprogramm auf Vorrat ist falsch. (Sehr wahr!) Koalitionen sind nur Arbeitsgemeinschaften, keine Gesinnungsgemeinschaften, sonst wäre eine Regierung mit dem Zentrum ebenso läwterig, wie mit der Deutschen Volkspartei. Wir sind noch lange auf Koalitionen angewiesen, wenn wir nicht auf jede Mitwirkung in Reich, Staat und Gemeinde verzichten wollen, und darüber sind wir hinaus. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen Koalitionen schließen mit Klugheit und Ueberlegung und in bester Wahrnehmung der Interessen unseres Landes und der Interessen unserer Arbeiterschaft. Keiner von uns weiß, wie sich die Koalitionen in der nächsten Zeit entwickeln werden. Aber alle Koalitionen sind vergänglich. Unvergänglich ist allein die Zusammengehörigkeit des ganzen arbeitenden deutschen Volkes, die Zusammengehörigkeit der Schaffenden in Deutschland und über Deutschland hinaus in der ganzen Welt. Das allein macht uns stark gegen die Reaktion im Innern und die imperialistischen Treiber. Alle denkenden Arbeiter wollen die Einigkeit, nur fehlt ihnen der Mut zum Entschluß. All den geistig und körperlich Schaffenden, den Männern und Frauen rufen wir zu: Raft Euch auf zum Entschluß, stellt die Einigkeit her, kommt zu uns in die große deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafte lang anhaltender Beifall.)

Gewerkschaften.

Die Verhandlungen im Buchdruckgewerbe. Die Montag in Berlin begonnenen Verhandlungen des Tarifaususses der deutschen Buchdrucker zur Festsetzung neuer Leuerungszulagen sind geseheitert.

Aussperrung von 40 000 Dresdner Metallarbeitern. Die Dresdner Metallarbeiter haben die Rücknahme ihres Streikbeschlusses abgelehnt. Infolgedessen trat am Sonnabend, mittags 12 Uhr, die Aussperrung von etwa 40 000 Metallarbeitern in Dresden und Umgebung in Kraft.

Der Schiedsspruch im Leipziger Metallgewerbe angenommen. Der Verband der Metallindustriellen hat dem Schiedsspruch vom 12. September zugestimmt. Da auch die Urabstimmung unter den Metallarbeitern eine Mehrheit für die Annahme des Spruchs ergeben hat, tritt dieser nun mit Wirkung vom 9. September in Kraft.

Metallarbeiter-Kongress.

Jena, 18. September 1921.

Die Beschwerdekommission setzt ihren Bericht fort. Es handelt sich in den weitaus meisten Beschwerdefällen um Anträge auf Anerkennung von vom Vorstand nicht anerkannten Streiks und Anträge auf Zurückziehung von Ausschüssen. Nahezu alle Beschwerden wurden auf Antrag der Beschwerdekommission zurückgewiesen.

7. Tag. — Sonntagvormittagsitzung.

Es folgt Fortsetzung des Berichts der Beschwerdekommission. Schulz-Bremen als Berichterstatter berichtet lobend über die Ausschüsse von kommunistischen Mitgliedern, die der Vorstand aus Anlaß der kommunistischen Reichskonferenz der Metallarbeiter am 28. Februar getätigt hat. Der Berichterstatter erklärt, daß die Beschwerdekommission mit 16 gegen 2 Stimmen empfiehlt, die Ausschüsse aufrecht zu erhalten. Nach einem Korreferat Maßahn (Rom.) und weiterer Aussprache wird ein Antrag, die Beschwerden zur geordneten Verhandlung an die Beschwerdekommission zurückzugeben, mit 431 gegen 286 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer kommunistischer Antrag, über jeden einzelnen Fall geordnet abzustimmen, wird ebenfalls abgelehnt. Ueber den Antrag der Beschwerdekommission, die Ausschüsse aufrecht zu erhalten, wird namentlich abgestimmt. Dem Antrage wird mit 525 gegen 209 Stimmen Folge gegeben. Die Ausschüsse bleiben also bestehen.

Die zum Geschäftsbericht vorgelegten Entschlüssen der SPD. und USPD. sind zu folgender Entschlüssen bearbeitet: „Die Entwicklung seit dem letzten Verhandlungstag in Stuttgart ist gekennzeichnet durch immer schärfer auftretende Wirtschaftskrisen; die durch den Weltkrieg und seine Folgen hervorgerufene Störung der ganzen Wirtschaft lastet in voller Schwere auf der breiten Volksmasse. Die kapitalistischen Friedensverträge und die enge Beschleierung der Weltwirtschaft bewirkte den Zusammenbruch und die Wirtschaftskrise der bestgen Mittelmächte und wuchs sich zur Weltwirtschaftskrise aus.“

Der deutsche Kapitalismus hat es verstanden, dieses Wirtschaftselend für seinen Vorteil auszunützen. Infolge des tiefen Standes des deutschen Geldes fand eine Verschleierung deutscher Waren nach dem Auslande statt. Restgewinne wurden dadurch erzielt, während sich im Inlande durch die zwangsweise Ausschaltung der Auslandskonkurrenz eine ungehemmte Preisdiktatur entfalten konnte.

Die Folgen sind: Wachsender Profit trotz gesunkener Produktion auf der einen Seite, zunehmende Verelendung, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung der heillosen Volksschichten auf der anderen Seite. Dieser Zustand verflämmernd sich fortgesetzt. Die Veruche zu seiner Besserung haben sich alle als zwecklos erwiesen, die kapitalistische Gesellschaft hat kein Mittel, das Uebel zu besein. Sie ruft wohl solche Krisen hervor, vermag sie aber nicht zu befeitigen.

Das Geheimnis

alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Blüthen, Hautröte, Pockel, Pusteln u. s. w. zu vertreiben, besteht in täglichen Waschungen mit der echten Seifenperle-Feife

Aus aller Welt.

Die Lösung der Weltfrage ist nur durch die sozialistische Gemeinwirtschaft möglich. Nur diese verbürgt äußeren und inneren Frieden, den Wiederaufbau der Weltwirtschaft und den internationalen Warenverkehr, sowie die Befreiung und Wahrung der unterdrückten ausgebeuteten Klassen. Das Ziel vermag nur eine politische einheitliche und wohlorganisierte Arbeiterklasse zu erreichen, die sich gleichzeitig auf festgelegte Gewerkschaften stützt, die getragen sind vom Geiste der Demokratie und des proletarischen Klassenkampfes und im innigen Einklang mit den sozialistischen Klassengenossen aller Länder, der Antierdamer Gewerkschaftsinternationale handeln.

Der Deutsche Metallarbeiterverband ist berufen, an der Erreichung der sozialistischen Gemeinwirtschaft hervorragend mitzuwirken. Um diese Mitwirkung zu einer erfolgreichen zu gestalten und um den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und ihre verheerenden Folgen bewußt und nachdrücklich zu führen, erklärt der Verbandstag der deutschen Metallarbeiter als erste Vorbedingung: Die Zusammenfassung aller Kräfte ohne Ansehen der politischen Gesinnung, die das Verbandsstatut als Richtschnur ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit anerkennen und jede Weigerung von Stellen ablehnen, an denen der Verband keinen Teil hat. Die zur Ausführung der gewerkschaftlichen Einheitsfront getroffenen Maßnahmen des Vorstandes und des erweiterten Beirats heißt der Verbandstag gut.

- Weiter erklärt der Verbandstag für unerläßlich:
1. Den organisatorischen Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter;
 2. die Ausnutzung jeder Möglichkeit zur Förderung der Interessen der Metallarbeiter;
 3. die Sicherung des Einkommens, das die Wirkungen des Krieges und der Teuerung aufhebt und ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet;
 4. Schaffung produktiver Arbeitsgelegenheit oder auskömmliche Unterstützung der Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des Weltkrieges;
 5. ein wohltaugendes System von Betriebs- und Wirtschaftsräten, das der Entfaltung des Einflusses der Arbeiter auf den Produktionsprozeß bis zur Erreichung der Gemeinwirtschaft keine Schranken setzt;
 6. Schulung der Arbeiter, um sie zur Erfüllung ihrer gemeinwirtschaftlichen Aufgaben zu befähigen;
 7. Beseitigung der Klassenjustiz, Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Umgestaltung des Privatrechts in ein Sozialrecht, das die Beteiligung der Volksgemeinschaft an dem Ertragnisse wirtschaftlicher Unternehmungen festlegt.

Unter Ablehnung von kommunistischen Minderungsanträgen wird diese gemeinsame Entschlieung mit großer Mehrheit angenommen.

Als Ort der nächsten Generalversammlung wird Kassel bestimmt.

Wernthaler als Berichterstatter gibt den zweiten Bericht der Rechnungs-Kommission, und zwar macht der Berichterstatter an Stelle der zurückgewiesenen Vorlage eine im Auftrage der Rechnungs-Kommission neue Vorlage über die Festsetzung der Gehälter der Angestellten. Es werden zwei Gruppen vorgeschlagen: 1. die Mitglieder des Hauptvorstandes und der Angestellten des Hauptbüros Stuttgart, 2. die Angestellten der übrigen Verwaltungen.

Für die Mitglieder des Hauptvorstandes und die Angestellten im Hauptbüro Stuttgart werden fünf Lohnklassen festgesetzt: Klasse I: Vorsitzende, Kassierer, Volkswirtschaftler 2700 Mark Anfangsgehalt, Klasse II: Redakteure, Sekretäre 2600 Mk. Anfangsgehalt, Klasse III: Bezirksleiter 2400 Mk. Anfangsgehalt, Klasse IV: Sekretäre 2200 Mk. Anfangsgehalt, Klasse V: Bureauangestellte 2000 Mk. Anfangsgehalt.

Eine merkwürdige Behandlung erfährt der Kollege Schermer, der bisher Redakteur der Metallarbeiter-Zeitung, der überträgt in eine Geschäfte des Metallarbeiter-Verbandes zu schreiben. Schermer soll nur 75 Prozent der für Redakteure angelegten Gehälter erhalten. Die Gehälter der Gruppe II (Angestellte der übrigen Verwaltungen) bewegen sich zwischen 1800—2300 Mk. monatlich. Alle Gehälter werden rückwirkend ab 1. 9. 21 gewährt. Sämtliche Gehälter steigen viermal jährlich insgesamt um 1200 Mark.

Die Beiträge zur Sozialversicherung werden vom Verband gezahlt. Es folgen dann weitere Personalfragen. Dann wird dem Hauptamtlicher Entlastung erteilt.

7. Tag. Sonntag-Nachmittags-Sitzung.

Es wird in der Statutenberatung fortgefahren. Eine lebhaft Aussprache entspringt sich um die Fassung des § 25, der das Wahlrecht regelt. Ein Antrag auf Einführung der Verhältniswahl bei der Wahl des Hauptvorstandes, der Ortsverwaltungen und der Generalversammlung wird schließlich abgelehnt und es wird die unstrittige Paragraf in alter Fassung beibehalten. Es wird beschlossen, daß der Vorstand in Zukunft aus elf beabsolvierten und elf unabsolvierten Mitgliedern bestehen soll. Die unabsolvierten Mitglieder sollen aber nicht wie bisher von der Verwaltung Stuttgart, sondern von der Generalversammlung gewählt werden. Die übrigen Paragraphen werden zum Teil unverändert, zum Teil mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Das abgeänderte Statut soll am 30. 10. 21 in Kraft treten. Hierauf wird das abgeänderte Statut en bloc mit großer Mehrheit angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung: Weitere Verbandsangelegenheiten. Die Anträge auf Schaffung einer Gewerkschafts-Kasse, Anlage der Verbandsgelder bei der Bank der Gewerkschaftsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Übernahme der Erzeugung des Bureaubedarfs in eigene Regie, Erneuerung einer Papierfabrik werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Es wird weiter ein Antrag angenommen, der den Vorstand beauftragt, mit dem A. D. G. S. Schritte zu unternehmen, daß die zuviel abgezogenen Steuern herabgesetzt zurückgezahlt werden.

Abends 7 Uhr wird zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt: Vorsitzende: Dikmann mit 55 Stimmen, Kassierer: Werner, Schärer, Sekretäre: Handke, Schlieff, Bufe, Loff, Schödt, Beisitzer: Josef Rapp, Decher, Camstätt, Johann Schwanke, Mechaniker, Ober-Tüchlein, Johann Oswald, Schloffer, Rünster, Eugen Klobhüger, Mechaniker, Feuerbach, Eugen Steiger, Mechaniker, Feuerbach, Carl Wendler, Dreher, Stuttgart, Ludwig Heidenreich, Schloffer, Camstätt, Matthias Steiner, Metzger, Stuttgart, Robert Maier, Farmer, Rünster, Georg Ritz, Mechaniker, Stuttgart, Carl Waise, Metallarbeiter, Stuttgart, Erich Leitz, Ab. Arbeiter, Dreher, Camstätt, Alfred Belle, Dreher, Camstätt, Hermann Scheible, Dreher, Camstätt, Friedrich Großmann, Dreher, Stuttgart, Jul. Konek, Gärtler, Stuttgart, Carl Böck, Schneider, Stuttgart, Wilh. Jung, Dreher, Stuttgart, Carl Böck, Metzger, Stuttgart, Redaktion der M.A.Z.: Hauptstadt, Stuttgart, Kummer, Offenbach, Ausfüh: A. Weigand, Frankfurt, 1. Vorsitzender; W. Baumann, Frankfurt, 2. Vorsitzender.

Abends 8 1/2 Uhr wurde die Tagung mit einem Schlußwort des Vorsitzenden beendet. — Im Auftrage an die Generalversammlung findet am Montag noch eine Metallarbeiter-Tageversammlung statt.

Deutscher Raubmord in Berlin. Montag abend wurde der arbeitslose 60 Jahre alte Klempner Richard Klossow in seiner Wohnung, Spinnmünder Straße 121, im Bette liegend tot aufgefunden. Allen Anschein nach liegt ein Raubmord vor, da die Verhältnisse im Vorderzimmer sämtlich durchwühlt sind. Was geraubt worden ist, konnte nicht festgestellt werden, da man darüber erst die Anverwandten des Ermordeten hören muß.

Mag. Klante's Appetit wieder normal. Wie wir vor einigen Tagen mitgeteilt, hatte der im Moabitier Untersuchungsgefängnis befindliche Wetzkonzernt-Inhaber Mag. Klante den Versuch gemacht, durch Verweigerung jeder Nahrungsaufnahme Zweifel an seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit anzuregen. Eine Untersuchung durch den Gefängnisarzt hat jedoch keinerlei Anhalt für eine Geistesstörung ergeben, dagegen sind einige verhältnismäßig harmlose Nervenstörungen bei Klante festgestellt worden. Klante hat daraufhin den Hungerstreik aufgegeben und so gar den Antrag auf Erteilung der Erlaubnis zur Selbstbetätigung gestellt. Er will sich sein Essen von jetzt ab von einer bekannten Weinhandlung bestellen.

Ausgetreffene Wälder. Die ausgedehnten Buchenwäldungen zwischen Werra und Unstrut haben dieses Jahr unter der außergewöhnlichen Raupenplage derartig gelitten, daß ein großer Teil der Wälder eingegangen ist. Um der Raupenplage des kommenden Jahres zu begegnen, beschlossen die Forstgehilfen die Förderung der Vogelzucht im großen Maße, da es sich herausgestellt hat, daß nur in den Seebacher Forsten, in denen der Freiherr von Berlepsch eine großangelegte Vogelzucht betreibt, der Schaden in ganz geringem Maße zu bemerken ist.

Zu dem Münchener Maffensnall. Bei dem Unglück auf der Oktoberfestwiese sind nach den letzten Feststellungen 10 Personen schwer und 21 leicht verletzt worden.

Nahrungsmittelfälschung. Aus Magdeburg wird gemeldet: Über die Beschaffenheit des Mehles, das aus einer Mühle bei Wilmshaus bei Magdeburg stammte, ist seit längerer Zeit lebhaft Klage geführt worden. Jetzt hat sich herausgestellt, daß das Mehl mit Kreide vermischt war.

Defaunverwüstungen in Norbrantreich. Nach einer „Matin“-Meldung hat am Sonnabend abend ein heftiger Orkan das Departement Correze verheert. Die Correze ist über die Hälfte getreten und hat die an ihr liegenden Dörfer und Städte überflutet, so vor allem Brive, wo die Straßen in Sturzfluten verwandelt wurden. Alle Brücken wurden abgerissen. Drei Personen sind ertrunken.

Eisenbahnunglück in Norwegen. Ein Sonderzug, der Teilnehmer an der Festlichkeit bei Eröffnung der Dooerbahn südwärts brachte und Drontheim abends verließ, stieß aus unbekannter Ursache am Südbende des Nordreid-Tunnels mit einem fahrplanmäßigen Zuge zusammen. Die beiden ersten Wagen des Sonderzuges wurden vollkommen zertrümmert. Sechs Personen fanden den Tod, darunter Telegraphenbedienter. Es sind auch viele Verwundete zu verzeichnen.

Starker Schneefall in Lappland. Nach einem Telegramm aus Stockholm ist in Kiruna und Umgebung (Lappland) am Donnerstag harter Schneefall eingetreten, so daß die ganze Landschaft in voller Winterpracht dasteht.

Der Mörder seiner Kollegin. Der bekannte amerikanische Filmpilmaupspieler Fatty Arbuckle wurde in San Francisco verhaftet, unter der Anklage, eine junge Filmschauspielerin ermordet zu haben, die in dem gleichen Gasthose, wo auch er wohnte, tot aufgefunden wurde.

Einen Riesenplan zur Erschließung Australiens. Ein Projekt, durch das Australien zur zweitgrößten Getreidekammer der Welt und zu einem führenden Land der Milch- und Obstwirtschaft erhoben werden soll, ist von Sir Joseph Carruther ausgearbeitet worden. Die Regierung soll danach in einem Zeitraum von sechs Jahren 30 Millionen Pfund Sterling für den Bau von Eisenbahnen sowie für Entwässerung und Urbarmachung von Land ausgeben. Dadurch würde es möglich sein, eine Million neuer Farmen zu schaffen. Man schätzt, daß 850 Millionen Acres jungfräulichen Landes auf diese Weise erschlossen werden sollen. Diese riesige Neubesiedlung Australiens wäre natürlich nur mit Hilfe eines großen Auswandererstromes möglich und schon jetzt wird die Auswanderung von der australischen Regierung sehr gefördert. Im letzten Jahr wurden etwa 25 000 Menschen aus dem Vereinigten Königreich in Australien angestellt.

Theater und Musik.

„Wenn Liebe erwacht...“ Operette von Edoard Künneke. Das Haus-Theater hat Sonntag keine Porten von neuem eröffnet. Herr Ludewigs ist inzwischen aus der Direktion ausgeschieden und Herr Direktor Alving aus Kiel an seine Stelle getreten, der nunmehr in Gemeinschaft mit Herrn Crasmi die Operettenbühne in St. Lorenz leiten wird. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird diese Verbindung unserer Operettenbühne gut bekommen, da nämlich die Krieler Bühne mit ihrem reichen Fundus und ihrem Menschenmaterial zwecks Vergrößerung der Besetzung helfen einbringen kann. Auf alle Fälle ist der Anfang recht viel versprechend. Man gab Edoard Künnekes Operette „Wenn Liebe erwacht“. Seit 1909 ringt Künneke mit wechselndem Erfolg um die Gunst der Massen. Damals kam er mit der Oper „Robins Ende“ heraus, die nicht ohne gewisse Reize war. „Coeur As“, das er 1913 anspielte, ging ziemlich spurlos vorüber. Künnekes Name war schon fast vergessen, da verhalf ihm das Singspiel „Das Dorf ohne Glode“ mit einem Schläge zur Tagesberühmtheit. Um den Erfolg nicht ganz verblasen zu lassen, warf er rasch die Operette „Der Vielgeliebte“ hinterher, in der er lo etwas wie einen Ausgleich zwischen Spieloper und Operette anstrebte, ohne jedoch einen neuen Stil zu finden. Auch in der Operette „Wenn Liebe erwacht“ zu der ihm wiederum, wie bereits beim „Vielgeliebten“, Hermann Haller und Kideamus den Text geschrieben haben, entpuppt sich Künneke als ein Musiker von vielen Gaben, ganz besonders als ein Meister wahrhaft glänzender Instrumentierungslust. Alles hat Schliff, Schmiss und Schwung. Wenn nur nicht das große Aber wäre! Unter der glänzenden, klangvollen Außenseite verbirgt sich ein aufstrebender Mangel an Melodie. Schon im „Vielgeliebten“ fanden sich Melodien, die man schon einmal irgendwo und irgendwann gehört hatte. In „Wenn Liebe erwacht“ tritt diese musikalische Befähigung Künnekes noch weit schärfer zutage trotz allem äußeren Glanzes. Auch hat sich Künneke durch die beiden Textdichter aus Glaciets lösen lassen, um zeitweilig in den Niederlanden der Langoerette von Heite frischfröhlich herumzuplätchern. Denn, auch so sympathischen Künneke hätte ein solche Genügsamkeit gar nicht zuzulassen. Selbst man aber von diesen kleinen Extraktoren ab, und nimmt die Operette als Ganzes, so ist ihr Charakter nicht übel, weil die wirkungsvolle Instrumentation diese Schönheitsflecke schnell vergessen macht. Mit dem Text braucht ich die Leser nicht lange zu behelligen. Man kann sich leicht ansuchen, was entsteht, wenn Liebe erwacht“, und zur Liebe erwacht sie alle, die in dieser Operette, deren Schauplatz das Jansen der Mitte des vorigen Jahrhunderts ist, irgendwie hervortreten. In der Operette, die Direktor C. Alving in Szene gesetzt hat, präsentiert sich ein Teil der neuen Kräfte unserer Operettenbühne. Die erste Operettenlängerin Ade Drielen ist nicht nur eine geradezu klassische Schönheit mit einem ausgeprägtem Rabonnegesicht, die Dame kann auch singen, wirklich

singen. Ihr Sopran nimmt die Hörer sofort gefangen. Wir sind schon lange nicht auf der Operettenbühne einer Dame begegnet, bei der körperliche Schönheit und gesangliches Vermögen sich zu einer so harmonisch abgestimmten Einheit zusammengefunden hätten, wie in diesem Falle. Die neue Soubrette Friedel Schöngallia berührt angenehm durch ihre ungemein sympathischen Spiel; überdies hat sie ihre Stimme glücklicherweise noch nicht aufgebraucht. Ueber Willi Benler, den Tenor, möchte ich mir ein abschließendes Urteil noch vorbehalten. Seine Darstellung ist gefällig, dagegen konnte kein gaumiger Gesang nicht meinen ungeteilten Beifall finden. Außerordentlich angenehm in Gesang und Darstellung berührte Karl Dehn; man wird ihn im Auge behalten müssen. Reinhold Wolf und Hilde Mählin sind längst erlernte Lieblinge des hiesigen Publikums. Mit dem deutsch-österreichischen Duett vom Godelshahn erlangen sie einen Bombenerfolg. Das läßt sich leicht begreifen. Solche grotesken Rollen wie dieser steizende, balzende Godelshahn sind ein Glanz- und Bravourstück für Reinhold Wolf. Martha Hohenfeldt erneuerte mit sich-barem Erfolg die alte Bekanntheit. Die Ausstattung der Operette war außerordentlich prächtig. Das Orchester, das eine Verstärkung erfahren hat (sogar eine Harfe fehlte nicht), ließ es zwar hier und da an Präzision und Zusammenspiel noch festhalten, aber da Dr. J. Harkem die Zügel nicht am Boden schleifen ließ, wurden alle Klappen und Untiefen ohne Unfall umschifft. Die wohlgelungene Vorstellung löste beim Publikum starken Beifall aus.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Milchpreise.

Zum Eingeladnt der Gemeinnützigen Milchversorgung in Nr. 214 des Volksboten: Zweifellos ist durch die Gemeinnützige Milchversorgung während der Milchknappheit infolge der Kriegswirtschaft mehr Milch nach Lübeck hereingekommen. Diese Milchknappheit ist aber in diesem Jahre schon geringer geworden, und die dadurch bemerkte freie Milchwirtschaft mußte nun auch dahin wirken, daß der Handel mit Milch und deren Produkte allmählich wieder in geordnete Bahnen der Friedenswirtschaft gebracht würde. Dieses scheint mir von der Gemeinnützigen nicht genügend beachtet zu sein, wenn sie in der Regel den 10. Teil des Butterpreises an die Milchproduzenten bezahlt. Vor dem Kriege wurden diese Preise bestimmt nicht bezahlt; obwohl die Betriebskosten der Meiereien im Verhältnis zu den jetzigen sehr niedrig waren, und die Milchproduzenten würden doch auch jetzt mit einem geringeren Teil des Butterpreises zufrieden zu stellen sein, wenn die Abnehmer der Milch es ihnen in rechter Weise klar gemacht hätten, daß eine solche Bezahlung eine zu große Belastung der Konsumenten zur Folge haben müßte. Vielmehr erscheint es mir, als wenn es der Gemeinnützigen nur darum an tun gewesen ist, jede Milch zu pachten, ohne Rücksicht auf den Preis, den sie dafür zahlen muß. Dadurch werden aber nicht nur ihre Mitglieder geschädigt, sondern auch diejenigen, die ihre Milch, andererseits beziehen; denn deren Milcherezeuger wollen auf die Dauer nicht hinter den Lieferanten der Gemeinnützigen zurückstehen. So treibt also ein Keil den anderen woju in der Milchwirtschaft die Gemeinnütze die Veranlassung gibt und es wird so oft in dieser Zeit — im Gegensatz zur Vorkriegszeit — die Bezeichnung „gemeinnützig“ zu einem Schlagwort, zu einem verlockenden Aushängeschild.

Jeder Parteigenosse muß

zum bevorstehenden Monatswechsel noch fleißig agieren, um alle diejenigen aus seinem Bekannten- und Kollegenkreise, welche noch bürgerliche Zeitungen lesen, für den „Lübecker Volksboten“ zu gewinnen. Alle Mitglieder der freien Gewerkschaften, ganz gleich ob Kopf- oder Handarbeiter, sollten sich von der kapitalistischen Presse lossagen und nur diejenigen Zeitungen lesen und unterstützen, die ihre Interessen vertreten. Der politische Tageskampf erfordert für jeden, an den Ereignissen regen Anteil nehmenden Menschen die Lektüre einer gut geleiteten und richtig informierenden Zeitung. Wer daher ein solches Blatt im Hause lesen will, muß

Den „Lübecker Volksboten“ bestellen.

Es ist daher Pflicht eines jeden sozialistisch denkenden Arbeiters, Angestellten oder Beamten, unablässig neue Abonnenten für den Volksboten zu werben. Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46, einzusenden.

Ich abonniere den Lübecker Volksboten mit den Beilagen „Für unsere Frauen“ und „Kinderland“ täglich frei ins Haus für Mk. 6.—, mit der illustrierten Kupferdruckbeilage „Siedlung und Kleingarten“ Mk. 6.50 pro Monat.

Name

Wohnung

Beruf

Damen — Unpreßhüte, neueste schöne Formen. (6709) 16 Mark A. C. Füber, Fadenburger Allee 10 Straußföder-Industrie Gr. Burgstr. 7.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“